This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

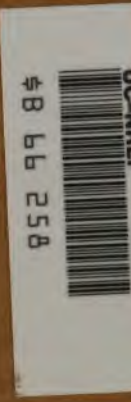
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

YC 56205

LA
728
.34



·FROM·THE·LIBRARY·OF·
·OTTO·BREMER·

SIGILLVM·VNIVERSITATIS·CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII

EX LIBRIS

GEDANKEN ZUR HOCHSCHULREFORM

VON C. H. BECKER

VERLAG QUELLE & MEYER / LEIPZIG

P H

Deutsche Allgemeine Zeitung
16518
24. November 1918
Morgen-Ausgabe.

Gedanken zur akademischen Reform.

Von
Professor **Dr. C. H. Becker.**

Der furchtbare Zusammenbruch, dessen Zeugen wir sind, macht alles problematisch, was wir bisher für unantastbaren materiellen oder geistigen Besitz gehalten haben. Wir sind nicht nur mit den Waffen geschlagen, wir sind in unserer moralischen und geistigen Struktur erschüttert. Es fehlte uns in entscheidender Stunde an nationaler Disziplin, an männlicher Würde, an vom Vertrauen des Volkes getragener Führerkraft. Unser Wirtschaftsleben hat nicht versagt, *versagt haben die maßgebenden Faktoren unseres geistigen Seins.* Liegen die Gründe hierfür in unserem Volkscharakter, so hätten wir gut daran getan, rechtzeitig damit zu rechnen; denn die Frage liegt nahe, ob auch alle gebundenen Kräfte wirklich ausgelöst worden sind oder, mit anderen Worten, ob nicht neben unserem zweifellos bankerotten Staatssystem auch das Erziehungssystem versagt hat. Jedenfalls darf in dieser ernsten Zeit die Kritik nicht schweigen. Nur aus klarer Erkenntnis der Mängel unseres bisherigen Systems kann die neue Gesinnung gewonnen werden, die zum Wiederaufbau, ja vielleicht zum Neubau unserer Erziehungsmethoden unentbehrlich ist.

1. *Volkscharakter und Wissenschaft.*

Jede Erziehung muß ausgehen von dem Hauptcharakterzug des Erziehungsobjektes. Unser Hauptcharakterzug als Volk ist der Partikularismus. Das wußten schon die Alten, das lehrt unsere politische Geschichte, das zeigen unsere gesellschaftliche Schichtung, unser Parteiwesen, unsere Bureaukratie mit ihrem Ressortpartikularismus, unser studentisches Leben, das zeigen die Scheidewände zwischen unseren Hochschulen und Fakultäten und die mannigfachsten Aeußerungen unseres Geisteslebens. Partikularismus ist ja nichts anderes als auf das Gemeinschaftsleben übertragener Individualismus. Der Deutsche ist Individualist mit allen Licht- und Schattenseiten dieser Anlage. Originale und Querköpfe sind bei uns mehr Regel als Ausnahmen. Wir haben eine wahre Angst vor allem Ueberindividuellen. Das zeigt sich auf dem Gebiet der praktischen Ethik im Mangel an politischem Sinn und auf wissenschaftlichem Gebiet im Ueberwuchern des Spezialistentums und dem Mangel an Synthese. Es ist erstaunlich, welches Höchstmaß von spezialistischer Tüchtigkeit sich bei uns mit einem Mindestmaß von allgemeinen Ideen verbindet. Ja, bekennen wir es offen: wir haben mit unserem immer nur auf das Einzelne und Spezielle eingestellten Sinn die fortschreitende Differenzierung aller Disziplin durch ständige Abteilung und Abgrenzung und gleichzeitige Erzeugung eines starren Ressortpartikularismus dazu mißbraucht, unsere schöne und herrliche Wissenschaft zu *bureaukratisieren.* Wie in einer großen Behörde ist alles in Referate und Ressorts eingeteilt

wirtschaftlichen Hochschulen. Man weiß mehr von einander, man kennt die verschiedenartigen Denkweisen von Fakultät zu Fakultät, man nimmt diese Einstellung dann mit hinein ins Leben; die Vertreter der Universitätsberufe behalten zeitlebens eine stärkere Fühlung, ein größeres Verständnis für ihre Aufgaben untereinander als gegenüber den Vertretern der Technik, Landwirtschaft oder gar des akademisch gebildeten Kaufmannsstandes. Darunter leidet nicht nur die Einheitlichkeit unserer Wissenschaft und Bildung, darunter leidet die Einheitlichkeit unseres Volkes.

Wie ist dem nun abzuhelfen? Wo muß die Reform einsetzen? Der Wille zur Synthese muß wieder erwachen. Das Schwerste, aber auch Schönste muß der freien Entschließung aller wissenschaftlich Arbeitenden verdankt werden. Da helfen keine bureaukratischen Maßnahmen; denn unsere Universitäten mögen hundertmal die Wissenschaft bureaukratisieren, zur Bureaukratisierung der Universitäten wird keine deutsche Regierung die Hand bieten. Aber es kann trotzdem auf dem Verwaltungswege mancherlei geleistet werden. Die Parole muß lauten: Wiederanschluß der Technischen Hochschulen und aller anderen Hochschulen an die Universität. Ist das organisatorisch nicht mehr zu erreichen, dann müssen wenigstens der Geist der Verwaltung, die Grundsätze bei Berufungen die gleichen sein, dann muß etwas vom Geist jeder Hochschule auf die andere übergehen. Es gibt Wege in Hülle und Fülle; hier soll nur der Wille zum Zusammenschluß gefordert werden. Im übrigen aber rücksichtsloser Kampf gegen jede neue Fachhochschule. Nicht Spezialisierung, sondern Zusammenschluß.

Wichtiger aber wird es sein, das synthetische Denken der Studenten zu wecken durch Einfügung von Lehrfächern, die irem Wesen nach mehrere Disziplinen umfassen. Unsere Wissenschaften verlaufen bisher senkrecht nebeneinander in Parallelen, die sich erst in der Unendlichkeit schneiden. Wir brauchen Fächer, die wagerecht die Senkrechten überschneiden. Die Hauptaufgabe hat hier die Philosophie; sie darf sich nur nicht abkapseln und zu einer Disziplin werden, deren Fachausdrücke wieder nur der Spezialist versteht. Hier können wieder die Auslandsstudien eine segensreiche Wirkung haben, denn ihr Wesen ist nicht Kenntnis eines einzelnen Faches, sondern eines ganzen Volkes in seinem psychologischen Charakter und gesellschaftlichen Aufbau. Richtig betrieben, führt das Auslandsstudium zur Synopse, zur soziologischen Betrachtung. Und auf diese kommt es an. Deutschland ist in dieser Wissenschaft ins Hintertreffen geraten. Soziologie entspricht eben nicht dem deutschen Denken, weil sie überhaupt nur aus Synthese besteht. Um so wichtiger ist sie für uns als Erziehungsmittel. Soziologische Lehrstühle sind eine dringende Notwendigkeit für alle Hochschulen. Durch soziologische Betrachtung allein kann auf intellektuellem Gebiet die geistige Gewöhnung geschaffen werden, die dann, auf das ethische Gebiet übertragen, zur politischen Ueberzeugung wird. So werde die Wissenschaft für uns der Weg vom Individualismus und Partikularismus zum staatsbürgerlichen Charakter.

Gedanken zur akademischen Reform.

Allgemeine Zeitung
No 644
Dezember 1918

Von
Professor Dr. C. H. Becker.

II.

Die Hochschulen im Volksbewußtsein.

Es war einmal, da standen die Universitäten im Brennpunkt des geistigen Lebens der Nation, da saßen auf den Lehrstühlen die Wortführer des Volkes, und da sandte das Volk seine Professoren, weil es niemand Besseren wußte, in die Nationalversammlung. Heute spricht man davon wie von einem Märchen. Heute verhallt die Stimme der Professorenschaft unbeachtet im Lärm des Tages, und ihre Resolutionen wirken in der Oeffentlichkeit nicht stärker als die irgendeiner untergeordneten Interessentenvereinigung. Es mangelt das Echo aber nicht nur im breiteren Publikum, auch im engeren Kreis der Studentenschaft fehlt es an Widerhall. Dem Rat der Alten ging die Fühlung mit der Jugend verloren. Von diesem traurigen Kapitel soll hier noch nicht die Rede sein. Wir fragen zunächst wie kommt es, daß die Stellung der Universitäten im Volksbewußtsein sich so verschoben hat.

Der Hauptgrund liegt in dem völligen Neubau unserer gesellschaftlichen Schichtung seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. In Deutschland war bis zur Industrialisierung die Idee der wichtigste Exportartikel. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wuchs die Menge des Volkes, mit dem Reichtum kamen die Kontraste. Den Markt beherrschten nicht mehr die Ideen, sondern die Interessen. Noch im Jahre 1871 war die Begründung der deutschen Universität Straßburg eine große, das ganze Volk beschäftigende nationale Angelegenheit. Man vergleiche damit das geringe Interesse, das die Wiederherstellung einer deutschen Universität Dorpat 1918 auslöste, um den ganzen Unterschied zu begreifen. Zwar arbeiteten wir auch noch in diesem Kriege mit Universitätsgründungen wie mit einem echt deutschen Requisit politischer Aufmachung; aber der Erfolg blieb aus weil der Gedanke ein Anachronismus geworden war. Die wirklich bestimmenden Mächte der Zeit waren nicht mehr an die Universitäten gebunden. Auf allen Gebieten lagen in Deutschland, wie anderswo, gewaltige soziale Kräfte in erbittertem Kampf; aus den tieferen Volksschichten drang es in heißer Sehnsucht empor; die überkommenen Autoritäten suchten die dräuende Springflut durch immer höhere Dämme zurückzuhalten; Spannung, Leidenschaft und Kampf, wo man hinblickte: mitten im tosenden Meer aber lagen auf Inseln der Seligen in geruhsamem und saftem Frieden die deutschen Universitäten.

Zwei Faktoren haben diesen Zustand erzeugt. Fichte und Schleiermacher hatten die Universitäten zu Forschungsstätten gemacht. Neben dem objektiven Suchen nach Wahrheit war die Volkserziehung in den Hintergrund getreten. Die Pflege der Wissenschaft war zum Mittelpunkt der gelehrten Erziehung geworden. Aus dieser Forderung erwuchs im deutschen Geiste das Spezialistentum. Objektive, leidenschaftslose Betrachtung der Dinge war trotz allen Ge-

die letzten Jahre zeigen hier Ansätze zu neuem Leben. Die Studentenschaft wird jedenfalls gut tun, sich erst selbst zu reformieren, ehe sie die Neugestaltung des Lehrkörpers beansprucht.

Ein letzter Grund für das Sinken des Ansehens und für die Wirkungsminderung der Hochschulen liegt in ihrer engen Verknüpfung mit der höheren Schule. Der entscheidende Schnitt in unserer Volksbildung liegt zwischen Volksschule und höherer Schule, nicht zwischen Schule und Universität. Die Geschichte unseres Universitätsunterrichts ist untrennbar von der Geschichte unserer höheren Schule, und alle Kritik, die sich vom sozialen Gesichtspunkt gegen die höhere Schule richtet, trifft die Universität mit. Auch die Hochschulen gelten als Klasseninstitutionen, die mit einem Wall von Berechtigungen und Anrechnungen, von Zulassungsbedingungen und Examensvorschriften sich gegen Zustrom von unten sichern. Diese Kritik der Motive ist unberechtigt; sie sieht in zufälligen Wirkungen kausale Zusammenhänge. Soll der wissenschaftliche Unterricht Zweck haben, so muß er mit einer gewissen Vorbildung rechnen können. Die Bevormundung geht in dieser Hinsicht allerdings zu weit. Gerade die Gegenwart bietet alle Gelegenheit, zu zeigen, daß es nur auf die Kenntnisse und das wissenschaftliche Denken ankommt, nicht aber auf den bureaukratischen Weg ihrer Aneignung. Der alte Obrigkeitsstaat hat auf diesem Gebiete zweifellos zuviel gängeln, zuviel vorschreiben zu müssen geglaubt. Hier heißt es freie Bahn schaffen durch Begründung eines einheitlichen Erziehungssystems von der Volksschule bis zur Hochschule. Das ist allerdings nicht so leicht, wie sich das manche Eiferer des neuen Geistes vorstellen. Mit blindem Niederreißen von Scheidewänden innerhalb 14 Tagen schafft man nur Schutthaufen, die den Weg erst recht versperren; denn mit den Wänden fallen auch die Türen. Häuser mit neuen Baugedanken können nicht von Maurermeistern, sondern nur von gelernten Architekten, und auch da noch lange nicht von jedem, erbaut werden. Haben wir erst das neue Schulsystem, dann tritt auch die Hochschule aus ihrer Isolierung.

Dann wird auch der Weg frei für eine deutsche Volkshochschule, die man aber auch nicht einfach von Dänemark oder aus England darf einführen wollen. Hier müssen die Universitäten und Technischen Hochschulen mithelfen. Es müssen Formen gefunden werden, die sich vom gelehrten Unterricht, der an bestimmte Vorbildung gebunden bleiben muß, bewußt unterscheiden, die volles Verständnis, aber keine halbe Bildung bringen. Hier liegt eine große und herrliche Aufgabe für den weiteren Kreis der Universitätsdozenten und für die gereifte Studentenschaft. Das gemeinsame Streben nach Bildung muß uns helfen, die sozialen Klüfte zu überbrücken, alle Volksklassen wie auf heiligem Land zur Zusammenarbeit und damit zum gegenseitigen Verständnis zu verbünden. Dann werden unsere Hochschulen reichen Segen spenden an alle Schichten des Volkes, und sie werden berufen sein, im Leben der Nation eine Rolle zu spielen — wie nie zuvor.

(Fortsetzung folgt.)

C. H. Becker
Gedanken zur Hochschulreform

Gedanken zur Hochschulreform

Von C. H. Becker

UNIV. OF CALIFORNIA

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig
1919

LA728
B4

BREMER

Alle Rechte vorbehalten.

TO WIN
AMERICA

Druck von C. G. Naumann, G. m. b. H., Leipzig.

Erich Wende,

dem Mitarbeiter, dem Freunde, zugeeignet.

M89136

Inhalt

Einleitung VIII
Volkscharakter und Wissenschaft 1
Die Hochschulen im Volksbewußtsein 10
Pädagogische und organisatorische Reform 17
Hochschulpädagogik 24
Professor und Privatdozent 30
Student und Hochschule 45
Materielle und ideelle Voraussetzungen jeder Reform . . . 53
Anhang: Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 17. Mai 1919 U I 1046, durch den die Beratung über die Hochschulreform eingeleitet wird . . 67

Einleitung

Der furchtbare Zusammenbruch, dessen Zeugen wir sind, macht alles problematisch, was wir bisher für unantastbaren materiellen oder geistigen Besitz gehalten haben. Wir sind nicht nur mit den Waffen geschlagen, wir sind in unserer moralischen und geistigen Struktur erschüttert. Es fehlte uns in entscheidender Stunde an nationaler Disziplin, an männlicher Würde, an vom Vertrauen des Volkes getragener Führerkraft. Unser Wirtschaftsleben hat nicht versagt, *versagt haben die maßgebenden Faktoren unseres geistigen Seins.* Liegen die Gründe hierfür in unserem Volkscharakter, so hätten wir gut getan, rechtzeitig damit zu rechnen. Nun hat aber unser Volk in diesen vier Jahren so Herrliches geleistet, daß aus diesem Stoffe wohl alles zu erzeugen gewesen wäre. Da liegt die Frage nahe, ob auch alle gebundenen Kräfte wirklich ausgelöst worden sind, oder mit anderen Worten, ob nicht neben unserem zweifellos bankerotten Staatssystem auch *unser Erziehungssystem versagt* hat.

Es hat die Feuerprobe nicht bestanden. Dies Urteil soll nicht eine der widerlichen Selbstbeschuldigungen sein, die man jetzt so häufig erlebt, und in denen entweder eine erschütternde Gesinnungsprostitution oder eine falsche Rationalisierung der mit der Vorstellung einer Weltvernunft unvereinbaren Geschehnisse zutage tritt. An dem Weltkrieg ist unser Erziehungssystem nicht schuld und auch nicht an dem Zusammenbruch, wohl aber an den so besonders unheilvollen und häßlichen Formen, in denen sich die geistige Katastrophe vollzog.

Das Grundübel ist die Überschätzung des rein Intellektuellen in unserer Kulturbetätigung, die ausschließliche Vorherrschaft der rationalistischen Denkweise, die zum Egoismus und Materialismus in krassester Form führen mußte und geführt hat. Der Wille stand bei uns hinter dem Intellekt, statt hinter dem Ethos. Der Rationalismus ist gegen veraltete Formen überkommener Religionen zu Felde gezogen und hat dabei das Religiöse und die Ethik mit totgeschlagen. Andere Völker haben intellektuell vielleicht weniger billige Triumphe gefeiert, aber ihre heiligsten Güter besser zu bewahren gewußt. Charakteristisch ist auch, daß der Sozialismus in Deutschland als materialistische Weltanschauung sich durchgesetzt hat. Eine Weltmission hat er jedoch nur als ethische Gesinnung.

So liegt die Hauptaufgabe bei dem Neubau unserer Erziehung in der Pflege des ethischen Gedankens. Er muß wurzeln in der Volksgemeinschaft, und von dort aus sollte der Begriff des allgemeinen Menschentums erwachsen. Der umgekehrte Weg ist deutsch, aber auch nur deutsch und deshalb im Rate der Völker nicht zu empfehlen. Wo ethische und intellektuelle Ansprüche in unserem künftigen Erziehungssystem in Konflikt geraten, darf nicht wie bisher die ethische Forderung dem Mehrwissen oder der intellektuellen Schulung ohne weiteres geopfert werden. Von diesem Gedankengang aus muß auch das Problem der Einheitsschule gewertet werden. Die Einheitsschule ist gewiß vom intellektuellen Standpunkt aus ein Experiment, über das man sehr verschieden denken kann; aber unter ethisch-sozialen Gesichtspunkten ist sie eine Notwendigkeit; ihr bloßes Dasein wirkt gesinnungbildend. Etwaige Schädigungen in der höheren Schulbildung sprechen demgegenüber nicht mit und sind überdies durch geeignete

Maßnahmen wohl zu verhüten. Dabei dürfte an eine Abgrenzung zwischen Schule und Hochschule zu denken sein. Eine Vereinigung muß hier sowieso erfolgen; denn die Zustände, namentlich auf naturwissenschaftlichem Gebiet, sind schon jetzt unerträglich. Jedenfalls gehören die Hochschulen in den Rahmen des neuen Einheitssystems voll mit hinein. Auch auf ihnen wird der ethischen Bildung mehr Spielraum zu lassen sein; aber es kann nicht scharf genug betont werden — und ich unterstreiche das, um nicht mißverstanden zu werden —, daß der Rationalismus, wenn irgendwo, natürlich in der Wissenschaft herrschen muß, und zwar da ausschließlich.

Diese Überzeugungen liegen den folgenden Aufsätzen zugrunde, in denen das Hochschulproblem isoliert betrachtet wird. Die akademische Reform ist für den Verfasser ein alter Lieblingsgedanke, dem er schon bei seiner Hamburger Tätigkeit nachgegangen ist. Mit seinem Eintritt in das preußische Kultusministerium, also schon während des Krieges, aber lange vor der Revolution, nahm er diese Pläne wieder auf. Von dem allmählich zu verwirklichenden Programm wurde der Ausbau der Auslandsstudien energisch in Angriff genommen. Anderes verbot der Kriegszustand. Mit dem Ausbruch der Revolution wurde es notwendig, früher als erwartet, zu den grundsätzlichen Problemen des akademischen Lebens Stellung zu nehmen. Bürokratische Bedenklichkeiten waren nicht mehr am Platze, es stand Größeres auf dem Spiel. Es mußte versucht werden, die anfangs wild einsetzende Diskussion in die Bahnen des Möglichen zu leiten. Der Konstruktion in den luftleeren Raum galt es, die Wirklichkeit mit all' ihren Reibungen und Hemmungen entgegenzustellen. Bei aller Kritik — man durfte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. So sind diese Aufsätze im Revolutionswinter 1918/19 entstanden, nicht um ein systematisches Pro-

gramm, sondern um eine Diskussionsbasis zu schaffen. Es fehlt den Aufsätzen deshalb der systematische Charakter. Vieles ist nur angedeutet. Auch sind nur die allgemeinen Fragen, nicht Spezialfragen der einzelnen Disziplinen behandelt. Die Darstellung ist aus der doppelten Praxis des Professors und des Verwaltungsbeamten geboren und hat keinen wissenschaftlichen, sondern nur praktischen Zweck, die Fragestellung zu klären und zum Durchdenken der Probleme anzuregen. Der Verfasser hat deshalb auf alle Literaturangaben verzichtet. Er hat wohl das Meiste aus der einschlägigen Literatur und unzählige amtliche Eingaben und Programme gelesen, aber nicht zum Zweck einer systematischen Darstellung. Wie die Aufsätze hier vorliegen, hat sie sich der Verfasser ohne weiteres Nachlesen nach übervollen Arbeitstagen nachts von der Seele geschrieben. Die meisten sind mit geringen Kürzungen erstmalig in der Deutschen Allgemeinen Zeitung erschienen. Vielfachen Wünschen gemäß kommen sie hier im Zusammenhang zum Abdruck.

Bei der amtlichen Stellung des Verfassers ist es wohl nicht überflüssig zu betonen, daß diese Veröffentlichung eine private Veranstaltung ist, und daß der Verfasser allein die Verantwortung für ihren Inhalt trägt. Die Stellung des Ministeriums zur Frage kommt in dem beigefügten Erlaß des Ministers Haenisch zum Ausdruck.

Berlin, Pfingstsonntag 1919. C. H. Becker.

UNIV. OF
CALIFORNIA

1. Volkscharakter und Wissenschaft

Die Wissenschaft ist international, aber alle ihre Erzeugnisse tragen einen nationalen Stempel. Die gemeinverständlichen, selten tief grabenden Übersichten, die in Amerika und England das Gros der wissenschaftlichen Produktion darstellen, sind für den praktischen Geist des Angelsachsen ebenso charakteristisch, wie das geistreiche und graziöse Essay des Franzosen für die geistige Beweglichkeit dieses Volkes, während eine wirklich exakte philologische Textedition eben nur von einem Deutschen oder Holländer gemacht werden kann. Natürlich gibt es auch bei uns geistreiche Essayisten und in nicht germanischen Ländern solide Philologen, aber überwiegend sind die verschiedenen Anlagen auf die verschiedenen Völker verteilt. So ist die deutsche Wissenschaft ein Kind des deutschen Volkscharakters; man kann diesen aus jener ableiten und jene durch diesen erklären. An diesem Naturgesetz kann niemand vorbei; wenn wir unsere wissenschaftlichen Kräfte ungebannt und ungezügelt sich ausleben lassen, kommt etwas ungemein Deutsches dabei heraus, aber keinenfalls das Höchste und Beste, das der deutsche Geist zu erzeugen imstande ist, wenn er die natürlichen Schwächen seiner Eigenart erkennt und sie bewußt zu überwinden trachtet. Diese Selbstbeobachtung und Selbstzucht hat — immer von Einzelfällen abgesehen — der deutschen Wissenschaft nur zu oft gefehlt. Unsere Produktion war triebhaft, nicht bewußt. Gewiß folgten wir den Gesetzen voraussetzungsloser, selbstverleugnender Arbeit; aber wir trieben das Form- und Zwecklose der Wissenschaft wohl etwas weit, und darüber ging uns der Sinn für das Ganze, der Überblick und das letzte Ziel

der Wissenschaft, Auswahl und Synthese verloren. Hier liegt einer der tiefsten Mängel unserer geistigen Erziehung zutage. Wir haben uns wissenschaftlich nicht erzogen, sondern uns ausgelebt. Wir haben die triebhaften und natürlichen Äußerungen unseres Volkscharakters auf wissenschaftlichem Gebiet für die letzten und höchsten Schöpfungen des Geistes gehalten, statt durch Umschau und Vergleich andere, internationale Maßstäbe zu gewinnen und von der internationalen Wissenschaft das Beste zu lernen, was von ihr zu lernen ist, die nur durch Vergleich zu erzielende Erkenntnis des wahrhaft übernationalen und damit endgültigen, wenigstens für die Menschheit unseres Planeten abschließenden und höchsten Typus menschlicher Geistestätigkeit.

Jede Erziehung muß ausgehen von dem Hauptcharakterzug des Erziehungsobjektes. Unser Hauptcharakterzug als Volk ist der Partikularismus. Das wußten schon die Alten, das lehrt unsere politische Geschichte, das zeigt unsere gesellschaftliche Schichtung, unser Parteiwesen, unsere Bürokratie mit ihrem Ressortpartikularismus, unser studentisches Leben, das zeigen die Scheidewände zwischen unseren Hochschulen und Fakultäten und die mannigfachsten Äußerungen unseres Geisteslebens. Partikularismus ist ja nichts anderes als auf das Gemeinschaftsleben übertragener Individualismus. Der Deutsche ist Individualist mit allen Licht- und Schattenseiten dieser Anlage. Originale und Querköpfe sind bei uns mehr Regel als Ausnahmen. Wir haben eine wahre Angst vor allem Überindividuellen. Das zeigt sich auf dem Gebiet der praktischen Ethik im Mangel an politischem Sinn und auf wissenschaftlichem Gebiet im Überwuchern des Spezialistentums und dem Mangel an Synthese. Es ist erstaunlich, welches Höchstmaß von spezialistischer Tüchtigkeit sich bei uns mit einem Mindestmaß

von allgemeinen Ideen verbindet. Ja, bekennen wir es offen: wir haben mit unserem immer nur auf das Einzelne und Spezielle eingestellten Sinn die fortschreitende Differenzierung aller Disziplin durch ständige Abteilung und Abgrenzung und gleichzeitige Erzeugung eines starren Ressortpartikularismus dazu mißbraucht, unsere schöne und herrliche Wissenschaft zu bürokratisieren. Wie in einer großen Behörde ist alles in Referate und Ressorts eingeteilt, und jeder hütet sich in das Referat seines Nachbars hineinzuregieren. In der Wissenschaft ist leider nicht einmal dafür gesorgt, wie in jeder gut arbeitenden Behörde, daß die Gesamtheit darunter nicht leidet. Abteilungsleiter und schließlich der Chef behalten den Überblick und die Initiative für die ganz großen allgemeinen Probleme. Auf gelehrtem Gebiet wird jeder Versuch einer Übersicht, wird jedes Übergreifen sofort als Dilettantismus gebrandmarkt, und dadurch wird der schon an sich nicht sehr triebkräftige Wille zur Synthese gebrochen, ja erstickt. Dafür blüht das Spezialistentum um so reicher, und das Ausland baut das Haus, zu dem wir mühsam die Steine zusammengetragen haben. Verzeihung — das ist vielleicht übertrieben. Es gibt ja noch Deutsche, die die Spezialgebiete „meisterhaft" zusammenzufassen verstehen, nur sind es nicht Forscher, sondern Unternehmer. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist alles Enzyklopädische in Deutschland während der letzten Jahre nicht innerer wissenschaftlicher Nötigung von Gelehrten, sondern geschäftlichem Interesse von Verlegern entsprungen. Aber das ist natürlich keine Synthese.

Aus diesem Zustand müssen wir heraus. Zur Erziehung unseres partikularistischen, um nicht zu sagen privatwirtschaftlichen Denkens und Fühlens zum Allgemeinen und Universellen brauchen wir die Synthese, die Synthese auf jedem Fachgebiet, wie die Synthese unserer gesamten Wissenschaft. Ob wir sie

erreichen, ist eine Frage zweiten Ranges, es muß uns aber ein Ideal sein, dem jeder Gelehrte täglich nachstrebt. Nur dadurch entsteht intellektuell eine neue Denkgewohnheit und moralisch eine neue Gesinnung. Man wende nicht ein, daß ja schon jetzt jeder so arbeite, weil keine Wissenschaft ohne Synthese denkbar ist und selbst eine Textedition oder eine Abhandlung über Fliegenaugen eine Summe synthetischer Geistesarbeit umschließe. Gemeint ist hier nur jene höhere Geistestätigkeit, die den Stoff beherrscht und über die Scheidewände des eignen engeren Faches hinausblickt und erst durch Erfassung größerer Zusammenhänge wirklich schöpferisch wirkt. Synthese in diesem Sinne ist gar nicht Geschmackssache, es ist die Frage nach Sein oder Nichtsein des im höchsten Sinn wissenschaftlichen Forschens; es ist die Frage nach dem wissenschaftlichen Menschen im Gegensatz zu dem wissenschaftlichen Routinier oder dem Berufstechniker.

Die Entwicklung ist auf allen unseren Hochschulen ganz gleichmäßig verhängnisvoll gewesen. Gewiß ist der materialistische Zug unserer Zeit daran mit schuld; der Student will möglichst schnell ins Brot, und er lernt deshalb auf dem kürzesten Wege das geistige Handwerkszeug für einen Spezialberuf beherrschen. Was kümmert ihn Wissenschaft und Synthese? Hier haben die akademischen Lehrer die Verhältnisse unbewußt verschärft. Im Lehrbetrieb, von dem noch besonders zu reden sein wird, haben sie diese Neigung verstärkt, statt sie zu überwinden. Sie haben sie verstärkt nicht etwa dadurch, daß sie sich auf den Paukbetrieb einstellten, der übrigens sehr gut mit Erziehung zur Synthese zu verbinden gewesen wäre, sondern indem sie ihn ziemlich einstimmig ablehnten und die Wissenschaftlichkeit durch Spezialistentum und die damit verbundene Stoffüberfülle zu retten glaubten. Hier liegt der Kardinalfehler. Immer neue Examensfächer entstanden, und jeder Begründer

eines neuen Faches versuchte, durch Stoffsammlung seine Aufnahme in die Prüfungskommissionen zu erzwingen. So wuchs die Fülle des Gedächtniskrams für irgendein Spezialfach und damit die Routine und schnelle Brauchbarkeit für irgendeinen Beruf; aber der wissenschaftlich oder technisch denkende Mensch ging verloren. Nur ganz erlauchte Geister erkannten die Notwendigkeit, das wissenschaftliche Gepäck zu erleichtern, wenn man mit seinen Schülern wirklich die Höhen wahrer Wissenschaft erklimmen wollte; die meisten bepackten ihre Schüler so stark und ließen auch andere sie bepacken, daß sie unter der Last ihres Gepäcks nur die halbe Höhe erreichten, wenn sie nicht verdrossen schon am Fuße des Berges die unerträgliche Last abwarfen. Unter dem Zusammenwirken von Spezialisten ging das eigentlich Problematische, das Grundsätzliche verloren und damit das Schöpferische. Wir erzogen Ohren-, Nasen- und Hautspezialisten, aber keine Ärzte; die germanistischen, romanistischen und sonstigen Philologen beherrschten virtuos die Lautverschiebungen und zählten alle Hebungen und Senkungen in der Dichtkunst; aber ein lebendiges Bild der Kulturzusammenhänge ihres Fachgebietes besaßen im günstigsten Falle die klassischen Philologen. Wir erzogen Heiztechniker und Schiffsmaschinenbauer, aber keine Ingenieure; wir erzogen keine wissenschaftlichen Vollmenschen und ganz gewiß keine Staatsbürger.

Die Tendenz zur Spezialisierung hat auch einen äußerst verhängnisvollen organisatorischen Ausdruck gefunden. Unsere universitas, die neben ihrer historischen Bedeutung als Gemeinschaft von Lehrern und Schülern immer auch als Symbol der Einheit der Wissenschaft aufgefaßt wurde, hat sich längst aufgelöst. Die Abzweigung der Technischen Hochschulen war ein ungeheurer Fehler. Beide Hochschularten haben durch die Trennung rein materiell, d. h. in bezug auf ihre

organisatorische Entwicklung, große Vorteile gehabt; sie sind äußerlich aufgeblüht, aber auf Kosten ihres geistigen Gehalts. Es war eine unbegreifliche Engigkeit in der Beurteilung der Weite der Wissenschaft, daß die Universitäten das „Technische" für weniger wissenschaftlich hielten als ihre eignen Arbeitsgebiete. Sie haben sich dadurch selbst auf einem der wichtigsten Gebiete des modernen Lebens ausgeschaltet. Die Technik andererseits hat sich des befruchtenden Einflusses der zwecklosen Forschung entzogen und ist wirklich technisch geworden, so daß sie jetzt in Kompetenzkonflikte mit der nichtakademischen Technik geraten ist. Die Trennung hatte nur das eine Gute, daß sich beide Hochschulgruppen klar geworden sind, daß sie einander nicht entbehren können. Die moderneren Technischen Hochschulen haben das schon deutlicher erkannt als die Universitäten, die in der Überschätzung ihrer Bedeutung so lange aufgegangen sind, bis sie, wie in der Gegenwart, die Fühlung mit dem Leben der Nation überhaupt nahezu verloren haben. Davon wird noch ausführlich zu sprechen sein. Das Beispiel der Technischen Hochschulen hat dann noch andere berufsständische Hochschulen erzeugt, so die Landwirtschaftlichen, die Tierärztlichen und nicht zuletzt die Handelshochschulen, wenn auch bei letzteren wegen des ganz anderen Charakters der Studierenden und ihrer völlig unwissenschaftlichen Einstellung der Sonderentwicklung eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden kann.

Unter dieser Zergliederung, die dem Wesen der Wissenschaft keineswegs entsprach, hat die Einheitlichkeit unserer Bildung schwer gelitten, mindestens so stark wie unter der Uneinheitlichkeit unseres gesamten Schulwesens, wovon hier nicht weiter gesprochen werden soll. Gelitten hat aber neben unserer Bildung auch der ganze gesellschaftliche Aufbau unseres Volkes. Im eindrucksreichen Alter der Hochschuljahre bildet

sich die innere Einstellung auf die Umwelt. Trotz aller Fakultätsschranken stehen der Jurist dem Mediziner und beide dem Philologen und Theologen schon durch den täglichen Verkehr und die gemeinschaftlichen Korporationen unendlich viel näher wie sie alle den Besuchern der Technischen und Landwirtschaftlichen Hochschulen. Man weiß mehr voneinander, man kennt die verschiedenartigen Denkweisen von Fakultät zu Fakultät, man nimmt diese Einstellung dann mit hinein ins Leben; die Vertreter der Universitätsberufe behalten zeitlebens eine stärkere Fühlung, ein größeres Verständnis für ihre Aufgaben untereinander als gegenüber den Vertretern der Technik, Landwirtschaft oder gar des akademich gebildeten Kaufmannsstandes. Darunter leidet nicht nur die Einheitlichkeit unserer Wissenschaft und Bildung, darunter leidet die Einheitlichkeit unseres Volkes.

Ähnlich, wenn auch, wie gesagt, lange nicht so stark wirken auf den Universitäten und Technischen Hochschulen die Schranken der Fakultäten und Abteilungen, die von dem nach spezialistischer Ausbildung drängenden Professorenstab möglichst unüberschreitbar gemacht werden. Was weiß heute ein Philologe oder Naturwissenschaftler von Staatsrecht und Zivilrecht, obwohl er täglich damit in Berührung kommt; was weiß der Jurist von Wirtschaft und Naturwissenschaft, der Theologe von Nationalökonomie, der Mediziner von Seelsorge?! Man kennt den anderen Stand aus persönlicher Berührung, man hat aber nur in seltenen Fällen den befruchtenden Einfluß der anderen Wissenschaften verspürt. Nirgends ist auch nur der Versuch gemacht zu enzyklopädischem Verständnis der Berufsklassen und ihrer Funktion im Staatsganzen. Ist die Verständnislosigkeit untereinander auch nicht so groß wie gegenüber dem Techniker oder Kaufmann, sie bleibt immer noch erheblich genug. —

Es geht ja vielleicht etwas weit, alle diese Wirkungen aus

dem Volkscharakter allein ableiten zu wollen. Auch andere Faktoren sprechen hier mit, aber entscheidend ist doch der eigentümliche partikularistische Sinn unseres Volkes. Jedenfalls hat die Wissenschaft nicht verstanden, ihn zu überwinden, sondern sie hat seine gesellschaftsbestimmende Wirkung auf dem Wege über die Hochschulbildung noch verschärft. —

Wie ist dem nun abzuhelfen? Wo muß die Reform einsetzen? Der Wille zur Synthese muß wieder erwachen. Das Schwerste aber auch Schönste muß der freien Entschließung aller wissenschaftlich Arbeitenden verdankt werden. Da helfen keine bürokratischen Maßnahmen; denn unsere Universitäten mögen hundertmal die Wissenschaft bürokratisieren, zur Bürokratisierung der Universitäten wird keine deutsche Regierung die Hand bieten. Aber es kann trotzdem auf dem Verwaltungswege mancherlei geleistet werden. Die Parole muß lauten: Wiederanschluß der Technischen Hochschulen und aller anderen Hochschulen an die Universität. Ist das organisatorisch nicht mehr zu erreichen, dann müssen wenigstens der Geist der Verwaltung, die Grundsätze bei Berufungen die gleichen sein, dann muß etwas vom Geist jeder Hochschule auf die andere übergehen. Es gibt Wege in Hülle und Fülle; hier soll nur der Wille zum Zusammenschluß gefordert werden. Im übrigen aber rücksichtsloser Kampf gegen jede neue Fachhochschule. Nicht Spezialisierung, sondern Zusammenschluß.

Das Gleiche gilt von den Fakultäten. Auch hier könnten Scheidewände fallen, wodurch ein freierer Anschluß nach allen Seiten, eine sinngemäßere Kombination der Fächer und auch für die Praxis eine bessere Berufsbildung gegeben wäre. Anfänge dazu sind im staatswissenschaftlichen Doktoreramen einzelner Universitäten vorhanden. Die meisten Studien- und Examensordnungen müßten unter diesen Gesichtspunkten neu

durchgedacht werden. Doch das erfordert noch sorgfältige Überlegung. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Wichtiger aber wird es sein, das synthetische Denken der Studenten zu wecken durch Einfügung von Lehrfächern, die ihrem Wesen nach mehrere Disziplinе umfassen. Unsere Wissenschaften verlaufen bisher senkrecht nebeneinander in Parallelen, die sich erst in der Unendlichkeit schneiden. Wir brauchen Fächer, die wagerecht die Senkrechten überschneiden. Die Hauptaufgabe hat hier die Philosophie; sie darf sich nur nicht abkapseln und zu einer Disziplin werden, deren Fachausdrücke wieder nur der Spezialist versteht. Hier können weiter die Auslandsstudien eine segensreiche Wirkung haben, denn ihr Wesen ist nicht Kenntnis eines einzelnen Faches, sondern eines ganzen Volkes in seinem psychologischen Charakter und gesellschaftlichen Aufbau. Richtig betrieben führt das Auslandsstudium zur Synopse, zur soziologischen Betrachtung. Und auf diese kommt es an. Deutschland ist in dieser Wissenschaft ins Hintertreffen geraten. Soziologie entspricht eben nicht dem deutschen Denken, weil sie überhaupt nur aus Synthese besteht. Um so wichtiger ist sie für uns als Erziehungsmittel. Soziologische Lehrstühle sind eine dringende Notwendigkeit für alle Hochschulen. Dabei ist die Soziologie im weitesten Sinne des Wortes gedacht einschließlich der wissenschaftlichen Politik und der Zeitgeschichte. Auch die Histoire Contemporaine war überall gepflegt, nur bei uns galt sie als unwissenschaftlicher Dilettantismus. Durch soziologische Betrachtung allein kann auf intellektuellem Gebiet die geistige Gewöhnung geschaffen werden, die dann, auf das ethische Gebiet übertragen, zur politischen Überzeugung wird. So werde die Wissenschaft für uns der Weg vom Individualismus und Partikularismus zum staatsbürgerlichen Charakter.

2. Die Hochschulen im Volksbewußtsein

Es war einmal, da standen die Universitäten im Brennpunkt des geistigen Lebens der Nation, da saßen auf den Lehrstühlen die Wortführer des Volkes, und da sandte das Volk seine Professoren, weil es niemand besseren wußte, in die Nationalversammlung. Heute spricht man davon wie von einem Märchen. Heute verhallt die Stimme der Professorenschaft unbeachtet im Lärm des Tages, und ihre Resolutionen wirken in der Öffentlichkeit nicht stärker als die irgendeiner untergeordneten Interessentenvereinigung. Es mangelt das Echo aber nicht nur im breiteren Publikum, auch im engeren Kreis der Studentenschaft fehlt es an Widerhall. Dem Rat der Alten ging die Fühlung mit der Jugend verloren. Von diesem traurigen Kapitel soll hier noch nicht die Rede sein. Wir fragen zunächst, wie kommt es, daß die Stellung der Universitäten im Volksbewußtsein sich so völlig verschoben hat.

Der Hauptgrund liegt in dem völligen Neubau unserer gesellschaftlichen Schichtung seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. In Deutschland war bis zur Industrialisierung die Idee der wichtigste Exportartikel. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung wuchs die Menge des Volkes, mit dem Reichtum kamen die Kontraste. Den Markt beherrschten nicht mehr die Ideen sondern die Interessen. Noch im Jahre 1871 war die Begründung der deutschen Universität Straßburg eine große, das ganze Volk beschäftigende nationale Angelegenheit. Man vergleiche damit das geringe Interesse, das die Wiederherstellung einer deutschen Universität Dorpat 1918 auslöste, um den ganzen Unterschied zu begreifen. Zwar arbeiteten wir auch noch in

diesem Kriege mit Universitätsgründungen wie mit einem echt deutschen Requisit politischer Aufmachung; aber der Erfolg blieb aus, weil der Gedanke ein Anachronismus geworden war. Die wirklich bestimmenden Mächte der Zeit waren nicht mehr an die Universitäten gebunden. Auf allen Gebieten lagen in Deutschland, wie anderswo, gewaltige soziale Kräfte in erbittertem Kampf; aus den tieferen Volksschichten drang es in heißer Sehnsucht empor; die überkommenen Autoritäten suchten die dräuende Springflut durch immer höhere Dämme zurückzuhalten; Spannung, Leidenschaft und Kampf, wo man hinblickte: mitten im tosenden Meer aber lagen auf Inseln der Seligen in geruhsamem und sattem Frieden die deutschen Universitäten.

Zwei Faktoren haben diesen Zustand erzeugt. Fichte und Schleiermacher hatten die Universitäten zu Forschungsstätten gemacht. Neben dem objektiven Suchen nach Wahrheit war die Volkserziehung in den Hintergrund getreten. Die Pflege der Wissenschaft war zum Mittelpunkt der gelehrten Erziehung geworden. Aus dieser Forderung erwuchs im deutschen Geiste das Spezialistentum. Objektive, leidenschaftslose Betrachtung der Dinge war trotz allen Gelehrtengezänks und aller Hypothesen und Prioritätstreiterei die eigentliche geistige Einstellung der akademischen Lehrer wie der Studenten geworden. Eine solche Geistesrichtung ist der Politik und dem öffentlichen Leben nicht günstig. Was etwa an ungebändigten wilden Trieben noch blieb, beschnitt oder erstickte die Reaktion. Das Mißglücken der Achtundvierziger Bestrebungen und die Erfüllung der Reichsidee durch die Reaktion und durch das preußische Schwert drängten die geistig arbeitenden Kreise immer mehr aus dem Kampf des Tages in die Stille der Gelehrtenkreise. Was an praktischer Wirkungsfreude noch blieb, schaffte sich Luft

im freien Kampf des Wirtschaftslebens — dieser Aderlaß unserer wissenschaftlichen Intelligenz dauert noch an —, hier wie dort aber völliges Desinteressement an der Allgemeinheit, am Politischen. Bestenfalls noch innerpolitisches Interesse, aber außenpolitisches? — Die auswärtige Politik war eben ein Spezialfach wie eine beliebige wissenschaftliche Disziplin, die man den Fachgelehrten im Auswärtigen Amt ebenso ruhig überließ wie dem Kollegen in der Fakultät die Nachbardisziplin.

Verstärkt wurde diese Haltung durch den merkwürdigen historischen Sinn des Deutschen. Das vorige Jahrhundert war für die deutsche Geisteswissenschaft ein Zeitalter der Historie. Noch heute leiden wir unter den Folgen. Die großartige historische Kraft Schmollers hat unsere Volkswirtschaftslehre auf ganz verhängnisvolle Bahnen gebracht. Seine Schule ließ die synthetischen Versuche der sogenannten politischen Historiker als Dilettantismus erscheinen. Politik als Wissenschaft starb aus, und Kjellen konnte — ist es nicht eine Ironie? — als Bahnbrecher auf neuen Wegen erscheinen. Auf juristischem Gebiet ist es ebenso gewesen. Noch heute gilt im Kreise der großen historischen Rechtsschulen die Beschäftigung mit dem geltenden Recht als eigentlich nicht ganz wissenschaftlich, und ohne eine dicken Wälzer über Zustände vergangener Jahrhunderte gilt niemand als professorabel für das BGB. Derselbe Zustand auf philologischem Gebiet. Die Sprachgeschichte, der historische Lautwandel beherrscht das gelehrte Interesse. Der Historizismus war unsere Stärke und unser Verhängnis, denn der Deutsche nimmt die Geschichte ernst. Die Ideen von 1848 waren gescheitert, das Reich war durch Bismarck'sche Machtpolitik begründet, auf dem so geschaffenen Grunde war der Aufschwung gekommen, die Weltgeltung in Sicht. Wer historisch dachte — und alle Gelehrten dachten historisch —,

mußte daraus die Folgerung ziehen, daß ein Reich nur durch die Mittel erhalten werden könne, mit denen es begründet war. Man hat es von sozialistischer Seite dem Professorentum während des Krieges und besonders in den letzten Wochen vorgeworfen, daß sie Stützen des Imperialismus und der Reaktion gewesen wären, daß sie in egoistischem Instinkt den Interessen des Kapitalismus Vorspann geleistet hätten. Nichts ist unrichtiger als das. Es ist der wissenschaftlich historische Sinn gewesen, eine Denkgewöhnung, die leider nach rückwärts eingestellt war, statt nach vorwärts, wohin die nicht gelehrten aufsteigenden Kräfte einer neuen Zeit wiesen, die bei dem der Gegenwart abgewandten Wesen der deutschen Wissenschaft den akademischen Kreisen länger verborgen bleiben mußten, als gut war.

So schieden die deutschen Universitäten allmählich aus dem öffentlichen Meinungsaustausch aus. Sie kapselten sich ab. Sie pflegten ihre Fächer und ihre Spezialitäten. Gerade die Tüchtigkeit für das Fach wurde zum Verhängnis für das Staatsbürgertum der Professoren. Die akademische Konkurrenz war erbittert. Nur wissenschaftliche Produktivität bot Aussicht auf Fortkommen. So mußte die ganze Lebensenergie auf das Erreichen einer Professur eingestellt werden. War aber einmal das Ziel erreicht, so trat man in den Genuß einer gesicherten Pfründe, in den Besitz einer vom Herkommen geweihten, angesehenen gesellschaftlichen Position. Bei manchen erlosch dann die wissenschaftliche Schaffenskraft, die Energie war verbraucht. Die in weiser Erkenntnis von dem Wesen wissenschaftlicher Arbeit dem Gelehrtendasein geschaffene Muße und Behaglichkeit wurden dem Schwachen zum Verhängnis. Der Beamtencharakter und die Unabsetzbarkeit befreiten den Akademiker nach erreichtem Ziel von dem heilsamen Stachel wirtschaftlicher Nötigung. Vorgesetzte

gab es nicht, und öffentliche Kritik hatte nur der Produzierende zu fürchten. So blieb nur ein neuer Ruf als anstachelndes Moment. Diese Verhältnisse schufen auch Nieten, die nicht gerade das Ansehen der Hochschulen erhöhten. Die wirklich weiterarbeitenden Gelehrten hielten sich meist zwangsläufig dem öffentlichen Leben fern, nur auf kommunalem Gebiet traten sie gelegentlich hervor, aber auch hier häufiger diejenigen, die nicht die höchsten Weihen erreicht hatten und nicht den gelehrten Typus am reinsten verkörperten. Bei ruhiger Arbeit oder voller Muße ohne aufreibende öffentliche Tätigkeit wird man alt. Monarchen und Universitätsprofessoren sollen in der Berufsstatistik mit die höchste Lebensdauer aufweisen. So sind unsere Lehrkörper alle etwas überaltert. Die Einführung einer Altersgrenze wäre ein Fortschritt. Hohes Alter ist neuen Ideen und damit der Fühlung mit dem Leben nicht günstig. Auch im gesellschaftlichen Leben haben wir Professoren uns nicht genügend freigehalten von den Unsitten der Vorkriegszeit; auch für unser Gesellschaftsleben wurde leider der Kommerzienrat bestimmend, und da Professoren nicht so viel Geld haben wie Kommerzienräte, mußte es vielfach zu einer Beschränkung auf den nächsten Kollegenkreis und damit zur Abkapselung nicht nur gegen die Volksgemeinschaft, sondern auch gegen andere gebildete Stände kommen.

Aber nicht nur die Individuen, auch die gelehrten Körperschaften verloren an Ansehen. Manchen Hochschulen fehlte der korporative Sinn völlig. Die wissenschaftliche Spezialarbeit ist dem Korporativen an sich nicht günstig. Je bedeutender die Individuen sind, desto ungeeigneter sind sie für Kollektivarbeit. Der Satz senator bonus vir, senatus bestia enthält eine noch heute gültige Wahrheit. Es gibt nur noch wenig Universitäten — und wohl keine Technische Hochschule —, die sich infolge alter Tradition eine korporative Geltung bewahrt haben, nirgends aber

reicht diese über das Weichbild ihres Sitzes hinaus. Auch die Studentenschaft, die früher unser öffentliches Leben mit bestimmt hat, ist in alten Formen völlig erstarrt, und erst die letzten Jahre zeigen hier Ansätze zu neuem Leben. Die Studentenschaft wird jedenfalls gut tun, sich erst selbst zu reformieren, ehe sie die Neugestaltung des Lehrkörpers beansprucht.

Ein letzter Grund für das Sinken des Ansehens und für die Wirkungsminderung der Hochschulen liegt in ihrer engen Verknüpfung mit der höheren Schule. Der entscheidende Schnitt in unserer Volksbildung liegt zwischen Volksschule und höherer Schule, nicht zwischen Schule und Universität. Die Geschichte unseres Universitätsunterrichts ist untrennbar von der Geschichte unserer höheren Schule, und alle Kritik, die sich vom sozialen Gesichtspunkt gegen die höhere Schule richtet, trifft die Universität deshalb mit. Auch die Hochschulen gelten als Klasseninstitutionen, die mit einem Wall von Berechtigungen und Anrechnungen, von Zulassungsbedingungen und Examensvorschriften sich gegen Zustrom von unten sichern. Diese Kritik der Motive ist unberechtigt; sie sieht in zufälligen Wirkungen kausale Zusammenhänge. Soll der wissenschaftliche Unterricht Zweck haben, so muß er mit einer gewissen Vorbildung rechnen können. Die Bevormundung geht in dieser Hinsicht allerdings zu weit. Gerade die Gegenwart bietet alle Gelegenheit zu zeigen, daß es nur auf die Kenntnisse und das wissenschaftliche Denken ankommt, nicht aber auf den bürokratischen Weg ihrer Aneignung. Der alte Obrigkeitsstaat hat auf diesem Gebiet zweifellos zuviel gängeln, zuviel vorschreiben zu müssen geglaubt. Hier heißt es freie Bahn schaffen durch Begründung eines einheitlichen Erziehungssystems von der Volksschule bis zur Hochschule. Das ist allerdings nicht so leicht, wie sich das manche Eiferer des neuen Geistes

vorstellen. Mit blindem Niederreißen von Scheidewänden innerhalb 14 Tagen schafft man nur Schutthaufen, die den Weg erst recht versperren; denn mit den Wänden fallen auch die Türen. Häuser mit neuen Baugedanken können nicht von Maurermeistern sondern nur von gelernten Architekten, und auch da noch lange nicht von jedem erbaut werden. Haben wir erst das neue Schulsystem, dann tritt auch die Hochschule aus ihrer Isolierung.

Dann wird auch der Weg frei für eine deutsche Volkshochschule, die man aber auch nicht einfach von Dänemark oder aus England darf einführen wollen. Hier müssen die Universitäten und Technischen Hochschulen mithelfen. Es müssen Formen gefunden werden, die sich vom gelehrten Unterricht, der an bestimmte Vorbildung gebunden bleiben muß, bewußt unterscheiden, die volles Verständnis, aber keine halbe Bildung bringen. Die Volkshochschule soll die Bildung um der Bildung willen und nicht wegen irgendwelcher materialistischen Zwecksetzung pflegen. Hier liegt ihre innere Verwandtschaft mit der Universität als Pflegestätte der Wissenschaft um der Wissenschaft und nicht um des Berufes willen. Gerade weil die Volkshochschule keine Berufsvorbereitung sondern nur geistige Sammlung und Erkenntnis vermitteln soll, kann von ihr eine segensreiche Wirkung auch auf die Hochschulen zurückfluten, deren Lehrer in der Volkshochschulbewegung eine führende Rolle zu spielen bestimmt sind. Das gemeinsame Streben nach Bildung muß uns helfen, die sozialen Klüfte zu überbrücken, alle Volksklassen wie auf heiligem Land zur Zusammenarbeit und damit zum gegenseitigen Verständnis zu verbünden. Dann werden unsere Hochschulen reichen Segen spenden an alle Schichten des Volkes und im Leben der Nation eine führende Stelle einnehmen wie nie zuvor.

3. Pädagogische und organisatorische Reform

Das Bedürfnis nach Reform unseres akademischen Lebens wird ziemlich allgemein anerkannt, am wenigsten noch von den Professoren, stärker von den Studenten, am stärksten gewiß vom akademischen Nachwuchs, den Privatdozenten, und den vielen Geistigen außerhalb des engeren Rahmens der Hochschulen. Die Beweggründe sind mannigfach, die Forderungen zeigen alle Schattierungen von Reformen; gemäßigte Vorschläge über größere Heranziehung der Nichtordinarien zu den Universitätsgeschäften, vor allem zu den Prüfungen, stehen neben ganz radikalen Forderungen, wie Aufgabe des Charakters der Staatsanstalt oder völliger Umgestaltung des Lehrbetriebes. Wenn man die zahlreichen Programme darüber, die jetzt jeder Tag bringt, zusammenstellt, bekommt man den Eindruck, als seien unsere Universitäten stark antiquierte Anstalten, an denen kaum noch etwas Lobenswertes zu entdecken sei. Das ist natürlich ein falscher Eindruck, der aus dem Wesen der Kritik geboren ist. Der Kern unserer Universitäten ist gesund. Der reine wissenschaftliche Geist der Forschung ist noch lebendig. Er mag Irrwege gehen, er mag sich in übertriebener Folgerichtigkeit gelegentlich überschlagen; aber er ist vorhanden und gibt unseren Universitäten ihren spezifischen Charakter. Wo liegen dann aber die Fehler unseres Systems? Sie liegen im Wesen der deutschen Hochschule mit ihren merkwürdigen Antithesen, über die man sich klar werden muß, ehe man mit der Reform beginnt.

Das Hauptproblem ist die Verbindung von Lehre und Forschung. Sie ist uns etwas so Selbstverständliches, etwas so zum Wesen der deutschen Hochschule Gehöriges, daß wir uns nicht mehr darüber klar werden, daß diese Verbindung erstens gar nicht naturnotwendig — denn in der Lehre betätigt sich eine demokratische, in der Forschung eine aristokratische Geistesrichtung — und zweitens auch bei uns erst ungefähr ein Jahrhundert alt ist. In diesem Problem steckt das Unterproblem der Ausbildung für einen bestimmten Beruf im Gegensatz zur wissenschaftlichen Ausbildung des Forschers. Bei anderen Völkern ist die Universität noch vielfach eine Lernanstalt, eine Schule zur Vorbereitung auf die gelehrten Berufe geblieben. Jede Einstellung auf einen Beruf führt zur Betonung des Enzyklopädischen, zur Synthese des Lehrbuches. So haben auch bei uns die auf besondere Berufe vorbereitenden Fakultäten einen in diesem Sinne enzyklopädischen Charakter bewahrt. Nun war es aber die bahnbrechende Anschauung Fichtes und Schleiermachers, die Universität als bloße Lehranstalt zu verwerfen. Sie sahen ihre eigentliche Aufgabe in der Erweckung des wissenschaftlichen Sinns. Aus jener Zeit stammt das große Problem über das Verhältnis von Lehren und Forschen auf unseren Universitäten, dem wir einerseits die wissenschaftlichen Fortschritte und andererseits die mangelhafte Hochschulpädagogik zu verdanken haben: denn die deutschen Professoren fühlen sich alle in erster Linie als Forscher; wer sich hauptsächlich als Lehrer fühlt, hat selten wissenschaftlich viel geleistet und gehört nach dem Urteil Vieler eigentlich nicht an die Universität. Das Betonen der wissenschaftlichen Forschung, die ihrem Wesen nach Detailarbeit ist, hat die Spezialisierung bei uns ebenso gefördert wie die oben genannten anderen Gründe. Andere Völker haben in ihrem Volkscharakter und

in der stärkeren Betonung des Schulartigen ihrer Hochschulen eine stärkere Hemmung gehabt und sich nicht so restlos spezialisiert. Bei uns hat darunter nicht nur die Einheitlichkeit der Wissenschaft, sondern auch die Berufsausbildung gelitten. Namentlich in letzterer Hinsicht ertönen die meisten Klagen. Würden heute die Studenten zur Mitbestimmung berufen, sie würden ausschließlich nach der Lehrqualifikation des Professors fragen. Dieser Gedankenkomplex sei nur angedeutet um zu zeigen, daß wir hier tatsächlich vor dem Zentralproblem der akademischen Reform stehen.

Die Klagen laufen, abgesehen von individuellem pädagogischen Ungeschick, auf den Gegensatz zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wissenschaft und Anwendung hinaus. Sie liegen deshalb zum guten Teil im Wesen der Dinge und sind unabstellbar. Zwischen einer Theologischen Fakultät und dem Konsistorium liegen die gleichen Spannungen wie zwischen der Juristischen Fakultät und dem Oberlandesgericht oder der Philosophischen Fakultät und dem Provinzialschulkollegium resp. dem Ministerium. Preisen wir uns glücklich, daß unser öffentliches Leben noch diese Spannungen enthält. Natürlich ist damit nicht jede Kritik entwaffnet. Der Lehrbetrieb unserer Hochschulen hat tatsächlich nicht Schritt gehalten mit den Forderungen der Zeit. Vor allem sträubt sich der wissenschaftliche Forscherſinn gegen die Vermittlung rein empirischer Kenntnisse, wie sie die Berufsvorbildung braucht. Wir Professoren haben meist keine Vorstellung von dem Mangel an elementarsten Vorkenntnissen bei unseren Hörern. Wer in seiner Vorlesung auch fragt, kann Erschütterndes erleben. Der Professor sollte nicht zu stolz und zu vornehm sein, als einfacher Handwerker den vor ihm stehenden Block roh zu behauen, ehe er ihm die künstlerische Weihe gibt. Oder aber er rufe seine Gesellen und

lasse sich das Material vorbereiten. Die Gesellenfrage ist der Kernpunkt einer richtigen Lehrökonomie; man mag die Gesellen nennen, wie man will. Gewiß ist es etwas Schönes, in jugendlichen Seelen wissenschaftliches Denken zu wecken, und deshalb werden die größten Lehrer gerade die Anfänger nicht entbehren wollen. Doch sollte man hier nicht generalisieren. Der Philosoph kann schon beim Anfänger seine Arbeit beginnen, vielleicht auch der Volkswirt und der Jurist, nicht aber der Philologe, Historiker, Mathematiker, der Theologe und Mediziner. Auch hat unser Unterricht den Fehler, zu mannigfache Kategorien von Interessenten aus Bequemlichkeits- oder anderen Gründen zusammenzupressen. Wenn z. B. der Experimentalphysiker in einer Vorlesung die wissenschaftlichen Physiker, die künftigen Oberlehrer und die Medizinerfüchse zusammen unterrichtet, von der Verschiedenartigkeit unserer Schulbildung und den sich daraus für den Hochschulunterricht ergebenden Folgerungen ganz zu schweigen, so kommt irgend jemand dabei immer zu kurz, vielleicht sogar alle. Auch klingt es sehr gut, wenn man sagt, man solle es den Studenten nicht zu leicht machen; vor den Erfolg hätten die Götter den Schweiß gesetzt, und der Weg zum Wasser des Lebens sei ein mühsamer und beschwerlicher Weg. Ganz richtig, aber es wird sich auch heute kein Philologe mehr selbst sein Lexikon zusammenbauen. Die Methoden der Lehrvermittlung des Wissens sind heute andere als zu Zeiten des Humanismus. Hier also kann gebessert werden. Auf den Lehrbetrieb selber wird später einzugehen sein; hier sei nur der Finger auf den wunden Punkt gelegt.

Eine zweite Antithese, die das Universitätsproblem kompliziert, liegt in der Eigentümlichkeit unserer Hochschulverfassung. Die deutschen Universitäten sind Staatsanstalten oder, wie das preußische Landrecht es ausdrückte, Veranstaltungen des Staates.

Trotzdem besitzen sie ein Sonderleben, eine beschränkte Selbstverwaltung; aber das Wesen ihrer Autonomie besteht nicht darin, daß sie ihren Haushaltsplan aufstellen und bewilligen, oder daß sie ihre materiellen Angelegenheiten selbst erledigen. Sie stehen in diesen Punkten nicht nur unter Staatsaufsicht, sondern sind einfach Glieder des staatlichen Verwaltungsapparates. Die mangelnde Fähigkeit und Unlust der meisten Gelehrten zu praktischer Handhabung der Geschäfte haben den die Mittel bewilligenden Staat zu immer stärkerer Übernahme der Geschäfte geradezu gezwungen. Nur ganz wenige Universitäten haben seit alter Zeit weitergehende Befugnisse und wachen eifersüchtig über diesen Rechten. Sie lassen sich diese Autonomie oft mehr Zeit und Kraft kosten als sie verdient; denn das ist ja gerade das Besondere und Große der deutschen Universitäten, daß ihre Autonomie nicht in Stiftungs- und Pfründenverwaltung zum Ausdruck kommt, sondern in der wenigstens theoretisch absoluten Freiheit von Lehre und Forschung. Die wichtigsten Rechte, welche die Hochschulen daneben besitzen, sind die freie Auslese des Nachwuchses und das Zusammenwirken mit der Regierung bei der Wahl der Professoren. Letztere vollzieht sich unter der heilsamen Kritik der Öffentlichkeit. Der Universitätsprofessor ist Staatsbeamter und hat trotzdem schon im Obrigkeitsstaat stets eine Sonderstellung eingenommen, die sich nur mit der Unabhängigkeit des Richters vergleichen läßt. Er ist der einzige Beamte, der nicht dem Pensionsgesetz unterliegt, sondern Gehalt und Wohnungsgeld auf Lebenszeit erhält, da er auch nach seiner Emeritierung und damit erfolgten Ausscheidung aus dem unmittelbaren Lehramt auch weiterhin als Forscher dem Staate dient. Er rekrutiert sich theoretisch aus allen entsprechend vorgebildeten Kreisen des Volkes, praktisch meist aus dem Privatdozententum, jener eigentümlichen Er-

scheinung des deutschen Universitätsrechtes. Der Privatdozent ist nicht Mitglied einer Beamtenklasse, sondern er übt einen freien Beruf aus, wenn ihm auch der Staat das Sportelrecht gewährleistet, nachdem ihn die Fakultät zugelassen hat. Staatliche und genossenschaftliche Elemente und Rechte greifen hier also aufs Merkwürdigste ineinander. Ein gesetzmäßig festgelegtes Universitätsrecht besteht nicht. Die Universität Greifswald hatte seine Schaffung vor kurzem beim Landtag beantragt und sogar Statutenänderungen an gesetzgeberische Akte binden wollen. Es war das eine jener akademischen Unbegreiflichkeiten, die ungewollt auf Bürokratisierung der Universitäten abzielen. Auch die Erfüllung vieler Privatdozentenwünsche nach halber oder ganzer Beamtung würden den gleichen verhängnisvollen Erfolg haben. Gott schütze uns vor dem Universitätsassessor!

Jedenfalls ist das hier skizzierte Gebäude fein durchdacht und auch zweckmäßig, wenn das Verhältnis zwischen Staat und Genossenschaft auf Vertrauen begründet ist und die Öffentlichkeit aufpaßt, wenn die ökonomischen und organisatorischen Verhältnisse ein freies Privatdozententum gewährleisten, ohne es zu einer plutokratischen oder bürokratischen Einrichtung herabzudrücken. Sein Hauptvorzug ist eine gewisse Labilität, die vor Erstarrung bewahrt. Tatsächlich ist denn auch das Verhältnis zwischen Regierung und Hochschule ein lebendigeres als zwischen den einzelnen Gliedern der akademischen Genossenschaft. Bei der Erörterung dieser Fragen pflegt von allen Mitgliedern der Universität die Rede zu sein, nur nicht von den Studenten. Die Universität ist aber eine Genossenschaft der Lehrer und Schüler. Den Studierenden muß also im Rahmen der Reform eine erheblichere Stelle eingeräumt werden als bisher. In der Hochschulgemeindenbewegung kommt diese Tendenz am stärksten zum Ausdruck. Diese Forderungen gehen bis zur völligen Entstaatlichung

der Hochschulen zugunsten einer rein genossenschaftlichen Verfassung. In allen Programmen, die jetzt von studentischer Seite vorgelegt werden, wird mit Recht eine stärkere Beteiligung des Studenten am Gemeinschaftsleben der Hochschule gefordert. Dieser Wille zum Ganzen ist sehr zu begrüßen. Die bisherige Geschichte der deutschen Studentenschaft, wenigstens während des letzten Jahrhunderts, steht unter der entgegengesetzten Parole. Die Studentenschaft hat sich durch das Korporationswesen aus der großen Genossenschaft selbst ausgeschlossen. Möge sie den Weg zurückfinden und dabei nicht vergessen, daß die noch erhaltenen Reste der akademischen Disziplin nur der antiquierte Niederschlag gerade dieses Gemeinschaftsbewußtseins sind.

Lehre und Forschung, Staat und Genossenschaft sind die Pfeiler, auf denen unser akademisches Leben sich aufbaut. Sie wirken wie die Eckpfeiler eines Kreuzkuppelgewölbes, dessen Festigkeit gerade in dem Widereinanderstreben der einzelnen Teile beruht. Bei diesen beiden Hauptproblemen muß alle Reform einsetzen.

4. Hochschulpädagogik

Aus der Betrachtung des Wesens und der Form deutschen Hochschulwesens ergaben sich zwei große Wirkungsgebiete für Reformen, die Pädagogik und die Organisation. „Hochschulpädagogik" — welchen deutschen Professor überläuft es nicht kalt bei diesem Wort? Aus dem reinen, freien Born der Forschung steigen die Gedanken, die innere Stellung zur Wissenschaft wird durch Beispiel vermittelt, im Jüngerkreise geht der heilige Gral von Hand zu Hand, die Wissenschaft ist nur für die Geweihten, sie wird erkämpft, errungen, eine Dornenhecke voll Mühsal und Arbeit hält die Ungeeigneten fern, nur der Unermüdliche, der wirklich Würdige findet den Weg zum Allerheiligsten — und nun kommt die moderne Welt und verlangt den Bau wohlgepflegter Landstraßen durch das Dickicht, damit auch der Träge und Ungeeignete zu den Quellen der Erkenntnis schreite, um das schnell erhaschte ewige Naß der Tiefe auf Flaschen zu füllen und es an jeder Straßenecke feil zu halten. Soll die Hochschule zur Drillanstalt, zur Schnellpresse für die Praxis herabgewürdigt werden? Die unentbehrlichen Kenntnisse für das Leben vermittelt die Schule. In ihr muß auch dem Ewigblinden im Notfall mit dem Nürnberger Trichter ein Mindestmaß von Kenntnissen eingepfropft werden, aber — für die Hochschule paßt nicht das Schulmäßige.

Der Kampf gegen das Schulmäßige ist die Parole der Hochschule. Dabei unterläuft eine höchst unlogische quaternio terminorum im Begriff des Schulmäßigen. Unter schulmäßigem Unterricht versteht man einmal die Stoffübermittlung, das Beibringen von Kenntnissen, dann aber auch die systematische,

wohl durchdachte Methodik des Unterrichts. Man verachtet als Hochschullehrer die Beibringung von Kenntnissen, weil die Hochschule nicht Stoff sondern wissenschaftliche Gesinnung, selbständige Erkenntnis, den Weg zur Wahrheit vermitteln soll, und schüttet dabei das Kind mit dem Bade aus, indem man auch von der anderen Bedeutung des Schulmäßigen, einer wohldurchdachten Methodik des Unterrichts, nichts wissen will. Dabei ist nicht einmal der erste Satz richtig, wonach die Hochschule nicht Stoff vermitteln soll. Die Hochschule ist eben auch und zwar in erster Linie Schule. Wie schon unsere Schule nicht nur Stoff vermitteln, sondern selbständig und die höhere Schule auch wissenschaftlich denken lehren sollte, so muß die Hochschule umgekehrt auch Stoff vermitteln oder wenigstens darüber wachen, daß der Student über den Gedanken nicht den Stoff vernachlässige.

Zwei Grundirrtümer liegen hier zutage. Einmal der von der Vorherrschaft der Forschung herrührende Gedanke, daß die Universität nur Forscher, d. h. Gelehrte, auszubilden habe. Die Universität ist aber auch eine Ausbildungsstätte für die wissenschaftlichen Berufe. 95% unserer Studenten werden in ihrem ganzen Leben niemals forschen. Sie verlangen aber von uns eine Berufsausbildung für die Praxis. Gewiß sollen auch sie einen wissenschaftlichen Hauch von der Hochschule mit ins Leben nehmen. Einmal im Leben soll die materialistische Zweckeinstellung ihrer Arbeit unterbrochen und der Trieb gegen das Schema F des berufsmäßigen Daseins in ihnen geweckt werden; aber darüber darf in der hohen Schule der Zweck der Schule, d. h. die Berufsausbildung, nicht vernachlässigt werden. Die Universitätslehrer vergessen zu leicht, daß in die Universität als Gelehrtenschule die Schule für die höheren Berufe eingebaut ist. Beide Aufgaben können nicht mit den gleichen Methoden erfüllt werden. Das muß einmal klar und deutlich

ausgesprochen werden, denn hier liegt der Kernpunkt des Übels. Nirgends tritt er so deutlich zutage wie bei der Vorbereitung der künftigen Oberlehrer. Diese werden zu Philologen, zu Naturwissenschaftlern und Mathematikern erzogen, aber beileibe nicht zu Lehrern, d. h. Pädagogen. Daher kommen die Oberlehrer von der Hochschule mit einem falschen Berufsideal; sie sind als Gelehrte erzogen, nicht als Staatsbürger, denen die heilige Aufgabe der Erziehung unserer Jugend obliegt. Daher das tiefe Unbefriedigtsein in weiten Kreisen dieses wichtigen Standes. Die Berufseignung der Oberlehrer ist ihr eigenstes Verdienst; die Universität hat ihren Charakter als Lehrer höchstens indirekt gebildet. Man blicke daneben auf die Theologen, Juristen, Mediziner, obwohl auch hier manches zu wünschen übrig bleibt. Bei ihnen, am wenigsten bei den Theologen, überwiegt an der Universität die Fachschulausbildung, ohne daß die Wissenschaft bei den wirklich wissenschaftlich Interessierten darunter zu leiden hätte. Es liegt in der historischen Entwicklung, daß die alte Artistenfakultät die reinste Forschungsstätte geblieben ist; sie ist damit der Kernpunkt der Universität geworden. Man kann diesen Zustand billigen, ja ihn für nötig halten, und braucht sich doch den geschilderten Mißständen nicht zu verschließen.

Der zweite Grundirrtum liegt in der Übertreibung des Begriffes der studentischen Lernfreiheit. Auch hier muß gegen ein Schlagwort angekämpft werden. Gewiß ist das Zukunftsideal, daß es gleichgültig sein muß, wie sich einer seine Kenntnisse und sein wissenschaftliches Denken erwirbt; es kommt im freien Staat nicht auf Examensscheine und fest geregelten Studiengang an, sondern ausschließlich auf das Können. Es soll auch nicht patriarchalisch gegängelt und nach ausländischem Muster der Klassenbetrieb auf der Hochschule eingeführt werden, aber die ungeregelte, wilde Lernfrei-

heit, wie wir sie jetzt haben, ist bei dem geistigen Zustande, in dem unsere Studenten auf die Hochschule kommen, ein Unfug, ein Raubbau mit Kraft und Zeit unserer Jugend. Wollen wir das System lassen, so müssen wir unsere höheren Schulen ändern. Wenn erst einmal in den oberen Klassen die Wahlfreiheit der Fächer in weitestem Umfang durchgeführt ist, dann ist der Boden geschaffen für die Lernfreiheit der Studierenden. Inzwischen muß ein System gefunden werden, die Berufsausbildung auf der Universität zu systematisieren. Der Student muß vor allem das auf der Universität lernen, was er auf der Schule nicht gelernt hat: den Ernst und den Wert *selbständiger Arbeit*. Der Student darf seine besten Hochschuljahre nicht in einem Reaktionsfieber verbringen. Gewiß soll er in die Weite schweifen, ja, man sollte ihn dazu veranlassen, aber er sollte die tiefe Verantwortlichkeit seiner Arbeit begreifen. Dann wird auch die Stoffübermittlungsfrage ein anderes Gesicht gewinnen. Das Kolleg sollte dann nur noch der Methode und der Gesamtauffassung dienen. Das Verhältnis von Kolleg und Seminar müßte umgekehrt werden. Dabei ist an das Seminar in der Form des Colloquiums, des Proseminars, des Repetitoriums und des wirklich wissenschaftlichen Forschungsseminars gedacht. Das alles kann ausgebaut und im tieferen Sinn „schulmäßig", d. h. eben hochschulmäßig systematisiert werden. Der bedeutende Forscher müßte dabei von allem Handwerksmäßigen befreit werden. Zu seinen Füßen sollten in der Regel nicht die *Massen*, sondern die *Wenigen* sitzen. Daß dazu ein völliger Umbau des Kolleggeldsystems gehört, sei nur angedeutet; davon wird später die Rede sein. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß Hochschulpädagogik in diesem Sinne ein köstliches Mittel ist, die besten Köpfe unserer Hochschulen noch mehr für die Forschung

freizumachen und für die Unterweisung der wirklich Geweihten, während die ganze Last der Berufsausbildung unter ihrer Leitung auf einen Kreis tüchtiger Lehrer zu verteilen wäre. Auf der Verteilung liegt dabei ebenso der Ton wie auf der Leitung der wirklich führenden Köpfe; nur so können Lehre und Forschung, Gelehrtenausbildung und Berufsschulung nebeneinander auf unseren Hochschulen weiterbestehen.

Daneben erhebt sich für unsere Hochschulen noch ein neues pädagogisches Problem. Es berührt nicht unsere Hochschulen allein, aber sie besonders. Unser ganzes Unterrichtssystem ist im wesentlichen auf dem Intellekt aufgebaut, während Charakter- und Willensbildung vernachlässigt wurden. Die Lernfreiheit mag zwar dieses Ziel gehabt haben, hat es aber in den seltensten Fällen erreicht. Gewiß liegen auch hier Schwächen unseres Volkscharakters zutage, und das Problem als solches war uns wohlbekannt. Aber unser Erziehungssystem ist trotzdem ein rein intellektuelles geblieben, namentlich je wissenschaftlicher es war. Für Charakterbildung haben die Hochschulen als solche nichts getan. Hier traten die studentischen Korporationen in die Bresche; es wurde in ihnen aber eine antiquierte Tradition der Charakterbildung weitergegeben, die der gesellschaftlichen Schichtung des alten Deutschland entnommen und den Anforderungen der neuen Zeit nicht gewachsen war. Hier wird nun die Reform einzusetzen haben. Schon auf der Schule mit dem Moralunterricht und der Staatsbürgerkunde. Auf der Universität muß diese politische Ausbildung weitergehen. Wir müssen aus dem Rahmen der akademischen Erörterung aller öffentlichen Probleme heraus und innerlich dazu Stellung nehmen. Hätten wir rechtzeitig uns für Ideen einsetzen gelernt, so wäre uns die würdelose Apathie des Augenblicks erspart geblieben. Des Gedankens Bläße kränkelt bei uns alles

an. Gewiß muß die auf der Universität gepflegte Denkrichtung in erster Linie rationalistisch sein. Die Wissenschaft ist das vornehmste Betätigungsfeld des Intellekts. Auch die wissenschaftliche Spezialisierung ist an sich unentbehrlich. Aber wir dürfen uns von dieser Denkweise nicht beherrschen lassen; wir müssen auch auf den Hochschulen Einrichtungen schaffen, verfassungsmäßige, unterrichtstechnische, durch die eine praktische Charakterbildung gefördert wird. Dabei muß vor Übereifer gewarnt werden. Auf diesem Gebiet müssen wir erst lernen. Dafür brauchen wir eine „École libre des sciences politiques" außerhalb der Universität. Ihr müßte die Pflege aller politischen Wissensgebiete übertragen werden, und zwar ohne Berücksichtigung der Parteirichtung. Eine Art von „Roter Tag" ins Institutionelle übersetzt. Es müßte damit ein neuer praktischer Hochschultyp geschaffen werden, der in gewissen Beziehungen zur Volkshochschule treten könnte. Derartige Zwischenglieder zwischen den alten Hochschulen und einem erst noch zu schaffenden neuen Volkshochschultyp werden wir brauchen. Für unsere Universitäten dürften diese Gründungen — oder diese eine zunächst in Berlin im großen Stil zu schaffende Neuerung — die Rolle von Schrittmachern und Versuchsanstalten übernehmen. Auf diese Weise bringen wir in organischem Ausbau neue Ziele in unsere alten Hochschulen.

Wie dies im einzelnen zu machen ist, kann hier nicht erörtert werden; denn für die staatsbürgerliche Erziehung wie für die einzelnen Fächer liegen die Verhältnisse verschieden; nur das Problem als solches konnte hier skizziert werden. Jedenfalls muß man vom Standpunkt einer zeitgemäßen Hochschulpädagogik fordern: Die Hochschulen müssen Forscherschulen, Berufsschulen, Staatsbürgerschulen sein; auf allen drei Gebieten muß ein einheitlicher pädagogischer Wille herrschen.

5. Professor und Privatdozent

Die pädagogische Reform des Hochschullebens fordert Systematisierung des Unterrichts, d. h. Unterordnung unter einen leitenden akademischen Willen. Die Träger des Unterrichts müßten demnach nicht gleich-, sondern einander unter- oder übergeordnet sein. Die bisherige Praxis erfüllt dies pädagogische Bedürfnis noch nicht genügend. Nun ist aber die pädagogische Reform nicht die einzige, welche die Neuzeit fordert. Noch viel stärker ertönt aus allen Lagern, namentlich aus dem der Privatdozenten und Extraordinarien, der Ruf nach organisatorischer Reform mit dem Endziel einer möglichst weitgehenden, wenn nicht restlosen Gleichstellung aller Hochschullehrer. Hier liegt ein schwer überwindbarer Gegensatz und in ihm der Kernpunkt aller akademischen Reform. Wie ist ein straffer systematischer Unterricht zu vereinigen mit den sozialen Wünschen der Nichtordinarien?

Der Begriff der „Nichtordinarien", der in letzter Zeit in Druckschriften und Petitionen immer häufiger auftritt, ist charakteristisch für diese ganze Bewegung, wie für unsere akademischen Zustände überhaupt. In ihm werden zwei grundsätzlich verschiedene Klassen von akademischen Lehrern zusammengefaßt, nämlich die Extraordinarien, die Staatsbeamte, und die Privatdozenten, die Träger eines freien Berufes sind. Zwar haben sich beide Klassen zu getrennten Verbänden zusammengeschlossen, aber sie fühlen sich trotz ihrer verschiedenen Stellung den Ordinarien gegenüber gern als eine Einheit von Minderberechtigten. Die Machtbefugnisse und die soziale Stellung der Ordinarien sind so überragend, daß alle

anderen Unterschiede, wie der zwischen Beamtung und Nichtbeamtung daneben verschwinden. Und doch liegt sachlich und logisch der Trennungsschnitt zwischen dem beamteten Universitätsprofessor und dem zunächst zu seiner eigenen Ausbildung zugelassenen Privatdozenten, mit dessen Lehrtätigkeit der Lehrplan im allgemeinen nicht rechnet oder wenigstens nicht rechnen sollte.

Das klare Verhältnis ist leider aus mannigfachen Gründen verwischt worden. Wohl der wichtigste ist die Übernahme von im Lehrplan unentbehrlicher Assistentenarbeit durch Privatdozenten, die damit zu dem Gefühl ihrer Notwendigkeit für den Staat berechtigt wurden und sich als volle akademische Lehrer zählen mußten, namentlich, wo ihnen die Ordinarien die Hauptarbeit überließen, ohne sie entsprechend dafür zu entschädigen. Aus solchen Assistenten wurden dann oft ohne eigentliche Verschiebung der Kompetenzen Abteilungsvorsteher und Extraordinarien. Der Ordinarius blieb in gleich unnahbarer Höhe thronen. Extraordinarius und Privatdozent waren sich eben darin gleich, daß sie beide nicht zur Fakultät gehörten.

Erst in letzter Zeit hat man den Extraordinarien eine Abschlagszahlung gegeben, sie Rektor und Senatoren mitwählen und in Fragen ihres Sonderfachs an Fakultätssitzungen teilnehmen lassen. Das ist natürlich nur ein Notbehelf. Das Extraordinariat hat sich eben im Laufe der Jahrzehnte zu etwas ganz anderem ausgewachsen, als was es ursprünglich sein sollte, aber wohl nie wirklich war. Sachlich ist es ein schöner Gedanke, einen Privatdozenten nach einigen Jahren freier Lehrtätigkeit zum halben Professor zu machen und, wenn er sich bewährt hat, zum Vollprofessor. Derartiges kommt auch heute noch vor. Häufiger aber sind die Extraordinariate Endstellen, die man erst erreicht, wenn man längst bewährt ist, und die auch gar nicht mehr für Anfänger bestimmt sind, sondern es

sind Stellen, die nur deshalb Extraordinariate sind, weil die verschiedenen Unterrichtsminister nur in dieser Form die Stelle überhaupt bei ihren zuständigen Finanzministern durchzusetzen vermochten. Ein Extraordinariat ist nämlich für den Fiskus ein glänzendes Geschäft. Man bekommt für einen Bettelgehalt (in Preußen 2600 Mark, nach 20 Jahren 4800 Mark) einen vollen akademischen Lehrer. Ein Oberlehrer ist dafür nicht zu haben, heutzutage nicht einmal ein Eisenbahnschaffner, ja selbst kaum ein Tagelöhner.

Dieser Zustand ist völlig unhaltbar. Er ist noch schlimmer bei den Abteilungsvorstehern, die meist gleichzeitig Extraordinarien sind, da ihnen nicht einmal die Kolleggeldgarantie von 1200 Mark zusteht, die jeder planmäßige Professor genießt, während sie von einem etwaigen Überschuß über 3000 Mark ebenso an den Staat abgeben müssen wie jene. Auch sind ihre Pensionsverhältnisse ungünstiger. Die Ungerechtigkeit dieser Praxis ist von der Regierung längst anerkannt. Sie kann aber leider nur im Rahmen der Besoldungsordnung abgeändert werden und deren Abänderung ist bekanntlich eine der schwierigsten gesetzgeberischen Maßnahmen.

Über die mangelhafte Besoldung der Extraordinarien und die ungerechte Behandlung der Abteilungsvorsteher gibt es wohl nur eine Meinung, aber für die Institution selber wird mancherlei Beachtenswertes ins Feld geführt, so z. B. daß bei der Entstehung neuer Fächer ein Extraordinariat die gegebene Versuchsform sei. Meines Erachtens läßt sich die Versuchsform ebensogut, ja noch deutlicher, dadurch wahren, daß man die Stelle im Etat als „künftig fortfallend" bezeichnet, d. h. sie muß bei ihrer Erledigung erneut von der Volksvertretung beraten werden Noch wichtiger ist der Einwand, daß es sich mit der Ordnung in einem Institut und gar in einer Klinik nicht vertrage, daß

die Abteilungsvorsteher dem Direktor im akademischen Rang gleichgestellt werden. Man verwechselt hierbei Institut und Fakultät. Im Institut kann wie in der Klinik nur einer Herr sein, aber es ist nicht einzusehen, warum in der Fakultät nicht Gleichordnung herrschen soll. Fakultäten sind außer Wahlkörpern in erster Linie Unterrichtsgremien. In die Institute, Kliniken und Seminare haben sie sowieso nicht hineinzureden, wenigstens in Preußen nicht. Nun liegt aber gerade, wo Abteilungsvorsteher bestehen, der Hauptunterricht gar nicht in den Händen des Direktors, sondern in denen der Abteilungsleiter oder gar der Assistenten. Der Direktor ist in der Mehrzahl der Fälle nur der geistige Leiter des Ganzen, um den einzelnen Studenten kann er sich nur als Kontrollinstanz kümmern. Anders der Abteilungsvorsteher. Er ist nicht mehr selbst ein Lernender, wie in der Regel der Assistent, sondern er ist die eigentliche Seele des Unterrichts. Für die Unterrichtsfragen ist er also gradezu der geborene Berater der Fakultät. Im klinischen Betrieb liegen die Dinge etwas anders. Hier werden gehobene Assistenten und Privatdozenten ja auch nur dann Extraordinarien, wenn ihnen ein fest abgegrenztes Arbeitsgebiet zugewiesen ist, auf dem sie kompetenter zu sein pflegen als der Chef. Also warum sollte man sie nicht in die Fakultät aufnehmen?

Schwierigkeiten treten nur in einem Falle ein, wenn nämlich die Stelle des Instituts- oder des Klinikleiters neu besetzt werden muß. Dann allerdings dürfen die Interessenten auf diesen Posten nicht mitwählen. Aber ähnliche Fälle kommen schon jetzt vor, wenn z. B. Abteilungsleiter persönliche Ordinarien sind oder der Polikliniker in der Fakultät sitzt. Aber die Nachteile solcher Möglichkeiten lassen sich durch statutarische Bestimmungen leicht beheben. Dagegen bietet der Eintritt der Extraordinarien und Abteilungsvorsteher in die Fakultäten große

Vorteile. Die Arbeitsfreude dieser Professorenklasse wird erhöht, eine Unsumme von Mißstimmung und von Mißverständnissen wird beseitigt, damit wächst die Kollegialität und das Korporationsbewußtsein; der mittelalterliche Charakter des Zunftmeistertums, das die Fakultäten jetzt charakterisiert, macht modernen demokratischen Ideen Platz, die Geheimniskrämerei wird zum mindesten eingeschränkt, Privatinteressen und Beziehungen unterliegen der Kritik eines größeren Kreises, es entscheidet nicht mehr der einzige Fachmann, die Fakultät hat die Möglichkeit, mehrere Fachleute jederzeit zur Hand zu haben; es kommt vor allem mehr die Sache und der Mann als das Schwergewicht einer privilegierten Stellung zur Geltung.

Natürlich wird hier eingewandt werden, die Fakultäten verlören ihren aristokratischen Charakter, die führenden Köpfe könnten von dem Chor der dii minores überstimmt werden, und damit ginge die Bedeutung der Fakultäten zurück. Der befürchtete Qualitätsrückgang schreckt mich nicht. Auch in der Wissenschaft muß der Obrigkeitsstaat aufhören. Im Anfang mögen einzelne ungeeignete Elemente in die Fakultäten kommen, weil die Fakultäten Leute zugelassen haben, die nicht qualifiziert waren. Um so vorsichtiger werden sie in Zukunft sein. Unter allen Umständen aber werden die wirklich führenden Köpfe und die älteren geschäftskundigen Kollegen eine natürliche Überlegenheit über die Jugend besitzen, so daß diese sich doch nur durchsetzen wird, wo das innere Recht auf ihrer Seite ist. Eines aber wird in den Fakultäten aufhören — und das ist vielleicht der größte Vorteil der Reform —: die Angst vor dem unbequemen Kollegen. Bedeutende Menschen sind selten bequem. Je kleiner die Fakultäten, desto wichtiger ist jeder einzelne. Es gibt viele bedeutende Gelehrte, die nie oder nur spät, als es gar nicht anders

ging, Ordinarien geworden sind, nur weil sie unbequeme Kollegen gewesen wären. Der Kenner unserer Universitätsverhältnisse weiß, daß die wachsende Scheu vor persönlichen Unbequemlichkeiten die Qualität unserer Fakultäten geradezu gefährdet, wie sie andererseits das psychologische Haupthemmnis — von dem materiellen wird später zu reden sein — jeder Universitätsreform bildet. Das geruhsame Leben des deutschen Akademikers erzieht keine Kampfnaturen, und wenn man sich schon notgedrungen im literarischen Kampf austobt, so will man im Rahmen der eignen Fakultät Ruhe haben. So sind manche Fakultäten in einen wahren Dornröschenschlaf versunken. Daraus wird sie der Einbruch der Extraordinarien erwecken, und das liegt im Interesse der deutschen Wissenschaft.

Es bliebe die Möglichkeit, die Extraordinarien als solche, d. h. ohne Ernennung zu Ordinarien, in die Fakultäten aufzunehmen. Das wäre eine Halbheit; dann blieben sie zweiten Ranges. An der Universität soll es keine Hierarchie der Beamtung geben; das entspricht nur für die akademischen Grade ihrem Wesen. Wer Extraordinarius wird, besitzt die Professorenqualifikation. Heutzutage ist der Privatdozent — und er wird es auf die Dauer immer mehr werden — das, was früher der Extraordinarius war, namentlich wenn man, wie später vorgeschlagen werden wird, die Habilitation erschwert und hinauszögert, um die Qualitätssiebung möglichst früh eintreten zu lassen. Dadurch wird manch unselige akademische Existenz, die uns jetzt bedrückt, später unmöglich werden. So habe man denn den Mut, die planmäßigen Extraordinarien zu Ordinarien zu machen. Soweit das eine Finanzfrage ist, hat die Volksvertretung darüber zu entscheiden; aber da die Besoldungsverhältnisse keinesfalls so bleiben können,

wie sie sind, läßt sich bei der unvermeidlichen Besoldungsreform eine einheitliche Professorenklasse mit möglichstem Spielraum zwischen unterster und oberster Gehaltsstufe unschwer schaffen. Ist die Reform durchgeführt, wird niemand dem entschwundenen Extraordinarius eine Träne nachweinen, es sei denn der Finanzminister.

Der Gegensatz zum „ordentlichen" Professor ist in Zukunft nicht mehr der „außerordentliche", sondern der „Honorar"-professor. Diese Klasse von Universitätslehrern werden wir bei aller Vereinfachung des Apparates nicht ganz entbehren können; denn jede Universität wird es namentlich in Anbetracht der wünschenswerten Fühlungnahme mit dem Leben für richtig halten, sich eine Reihe von Ehrenmitgliedern anzuschließen, wissenschaftlich arbeitende Beamte in hohen Staatsämtern oder im Ruhestand oder gehobene Privatdozenten, die es aus technischen Gründen noch nicht zu einer Professur gebracht haben. Sie gehören aber, wie die Privatdozenten, nicht zu den hauptamtlichen Lehrern, sondern sie bilden mit diesen eine besondere Gruppe in der akademischen Genossenschaft. Mit der Privatdozentenfrage berühren wir den schwierigsten Punkt der organisatorischen Universitätsreform.

Wie kann dem Privatdozenten geholfen werden? So lautet die ernsteste Frage unseres akademischen Lebens; denn der Privatdozent bedeutet den Nachwuchs, und daß ihm geholfen werden muß, ist unbestreitbar; es ist nur noch eine Frage des Wie. Gewiß mag man klagen, daß die schönen alten Zeiten vorbei sind, in denen auch Unbemittelte sich habilitieren konnten. Es gab Stipendien und Nebenverdienste; das Leben war billig, nach einigen Jahren, manchmal harten und knappen Jahren, war man der Professur ziemlich sicher. Schon seit mehr als einem Jahrzehnt ist das anders geworden, und vor allem bei

der jetzigen Teuerung können sich nur noch reiche Leute habilitieren. Alles was früher gegen die Plutokratie im akademischen Nachwuchs gesagt wurde, wird mit viel größerer Berechtigung für die Zukunft gelten. Der Staat, der für das Blühen der Wissenschaft zu sorgen hat, darf die Nachwuchsfrage nicht länger dem freien Spiel der Kräfte überlassen; er muß die Abwanderung der Intelligenzen und vor allem der Charaktere in die anderen Berufe verhindern, und das kann er nur, wenn er die Privatdozenten sicherstellt.

Wirklich sicherstellt? Sollen wir die Privatdozenten zu Beamten, zu Universitätsassessoren machen? Nein, hundertmal nein. Es soll ein freier Beruf bleiben, ohne Anciennität, ohne Ochsentour, aber es muß doch irgendwie dafür gesorgt sein, daß dem Fähigen die Möglichkeit zur Entfaltung seiner geistigen Werte unabhängig von der Rücksicht auf Verdienst gewährt werde. Es sind sehr radikale Wünsche laut geworden. Man wollte die Privatdozenten behandelt wissen nach Analogie der wissenschaftlichen Beamten in den Versuchsabteilungen großer industrieller Unternehmungen; wie sich also z. B. eine chemische Fabrik ein großes Laboratorium hält, ohne daß dort direkt für die Fabrikation gearbeitet wird, so müßte der Staat einer Reihe von jungen Gelehrten eine sichere Existenz gewähren, auf das Risiko hin, daß sie auch vielleicht nichts leisten. Dieser Weg scheint mir ungangbar. Wenn wir schon jetzt erleben, daß die wissenschaftliche Produktivität bei manchem Gelehrten mit Erlangung des Ordinariats erlischt, so würde das Rentnergefühl der wissenschaftlichen Staatspensionäre alias Privatdozenten zu verhängnisvollen Resultaten führen. Was in der Privatwirtschaft möglich ist, darf nicht ohne weiteres auf den so viel neutraleren Staatsbetrieb übertragen werden. Schon die Er-

fahrungen mit der englischen fellowship ermutigen in dieser Hinsicht nicht gerade.

Ich möchte die Lösung finden im Rahmen des gesteigerten Unterrichts, den die pädagogische Reform fordert. Wer habilitiert ist, soll amtlich am Unterricht beteiligt werden, nicht aber, wie das bisher geschieht, in der Form der Assistenz, die oft die volle Arbeitskraft eines Mannes in Anspruch nimmt. In allen Fächern — auch bei den Geisteswissenschaften — sollte ein großer Kreis junger Lehrkräfte als Assistenten herangezogen werden. Nach einigen Jahren sollten die Assistenten gesiebt und der besonders geeignete habilitiert werden. Dann aber dürften sie höchstens zu 4 Lehrstunden mit Lehrauftrag verpflichtet werden. Dieser Lehrauftrag wäre auf 5 oder 10 Jahre zu befristen und in der Form einer Kolleggeldgarantie so zu bemessen, daß eine bescheidene Existenz davon möglich ist, ohne ein Rentnergefühl aufkommen zu lassen. Nach diesen Jahren müßte dann aber der junge Gelehrte sich ausgewiesen haben. Wer bis dahin nicht Professor geworden ist, bei dem wäre zu entscheiden, ob man ihn ausschiffen oder ob man ihn in die Klasse der Honorarprofessoren übertreten lassen soll. Eine Ausschiffung wäre nach Möglichkeit so zu gestalten, daß ein Übertritt in entsprechende Staatsstellen nicht gerade wissenschaftlichen Charakters möglich ist. Es kann einer zum Forscher und Professor nicht taugen und doch oder gerade deshalb noch immer ein vortrefflicher Oberlehrer, Richter oder Geistlicher sein. Es muß aufhören, einen solchen Rücktritt als eine capitis diminutio aufzufassen. Die Auswahl für die höheren Posten in der Gesellschaft läßt sich nun einmal nicht zwischen 20 und 25 endgültig treffen. Der Standesdünkel muß auch bei den Professoren aufhören. Natürlich bleibt eine gewisse Schwierigkeit bei den freien Berufen, dem Chemiker, dem

Ingenieur; aber schon der Volkswirt wird in der Zukunft nicht mehr so ausschließlich zu den freien Berufen zählen wie bisher. Man wird ja nicht gerade zu einem Zivilversorgungsschein für gediente Privatdozenten kommen, aber man wird staatlicherseits tun, was man tun kann, ohne daß man alle Härten wird ausschließen können.

Natürlich wird man den Nachwuchs nicht nur aus den Privatdozenten nehmen, und es ließe sich ja auch denken, den Oberlehrerstand, die juristische, medizinische und technische Praxis wieder mehr als bisher als großes Klärbecken wissenschaftlicher Kräfte zu benutzen. Wie die Dinge nun einmal liegen, wird man sich darauf aber nicht beschränken dürfen; denn die wissenschaftliche Arbeit erfordert Ruhe und Sammlung, die ein praktischer Beruf nun einmal erfahrungsgemäß nicht zuläßt. Deshalb wird die Verbindung einer festen Staatsstelle mit der Privatdozentur immer nur ein Ausnahmefall bleiben, den man allerdings nicht ausschließen sollte. Die praktischen Berufe sollten vielmehr, wie das praktische Assistententum, die Anwärter für die Privatdozentur stellen, Leute, mit denen der Staat einmal bis zu 10 Jahren den Versuch macht, ob sie eine Professur erhalten oder nicht. Mißglückt der Versuch, treten sie in ihre alte Laufbahn zurück. Ein gewisses Risiko, namentlich für die Vertreter freier Berufe, bleibt damit immer verbunden, soll es aber auch; denn das Privatdozententum soll ein freier Beruf bleiben. Ganz verloren wird die Zeit nie sein; denn auch für die Praxis sind 10 Jahre wissenschaftlicher Arbeit immer ein Wert.

Voraussetzung bei dieser Neuordnung ist aber eine grundsätzliche Reform der Zulassung zur Habilitation. So, wie es damit bisher bestellt ist, darf es nicht weitergehen. Bisher ist die Habilitation, wenigstens in den medizinischen

und philosophischen Fakultäten, vielleicht mit Ausnahme von Berlin, und zum Teil auch in den anderen Fakultäten ausschließlich von dem zuständigen Fachordinarius abhängig. In Fakultäten, wie in allen Selbstverwaltungskörpern, pflegt kein Ressortchef die Kreise des anderen zu stören, um selbst freie Hand zu behalten. Damit ist einerseits der Gefälligkeits- oder der Bequemlichkeitshabilitation die Tür geöffnet, andererseits einem Professor, der keine Götter, nicht einmal dii minores, neben sich vertragen kann, die Möglichkeit gegeben, jede Habilitation überhaupt zu verhindern. In die Auslese des Nachwuchses wird dadurch eine Zufälligkeit und Subjektivität hineingetragen, die gen Himmel schreit.

In den juristischen und theologischen Fakultäten und in der philosophischen Fakultät in Berlin liegen die Verhältnisse insofern etwas anders, als jeweils eine Gruppe von Fachleuten den Kandidaten beurteilen kann. Das wäre an sich gewiß gut, hat aber wieder andere Nachteile. In den juristischen Fakultäten zum Beispiel, aber auch anderswo, regt sich dann gleich wieder der Zunftgedanke, weil ein tüchtiger Privatdozent eine erhebliche Konkurrenz bedeuten kann. Dieser Gesichtspunkt, der meist unbewußt wirkt, führt zur Stellung der Bedürfnisfrage bei der Habilitation und zu einem theoretisch geleugneten, aber praktisch durchgeführten, labilen numerus clausus. In gleicher Richtung könnte es nun wirken, wenn die Regierung den Privatdozenten das Existenzminimum garantiert. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Es darf keinen numerus clausus geben, und auch die Bedürfnisfrage darf bei der Habilitation nicht gestellt werden. Konkurrenz muß bleiben. Die Verhältnisse bei den juristischen und theologischen Fakultäten, die nur ungefähr so viel Leute zulassen als gebraucht werden, sind nicht gesund, wenigstens

nicht vom Standpunkt des Staatsinteresses aus, wenn sie auch vom Zunft- und Standesstandpunkt aus eine scheinbar ideale Lösung der schwierigen Nachwuchsfrage bieten. Die Qualität leidet darunter. Der Hauptgrundsatz jeder Reform muß aber sein, die Qualität unserer Universitäten nicht zu gefährden. Nur wo Masse ist, gibt es Elite. Kein Mitleid mit verunglückten Existenzen darf uns dazu führen, durch zunftmäßige Einschränkung die wahre Qualitätsleistung zu unterbinden. Wer sich den schweren Konkurrenzkampf um die höchsten wissenschaftlichen Stellen nicht zutraut, der bleibe lieber diesem Kampfe fern. Die soziale Forderung in allen Ehren — der Staat soll allen helfen, die aus der akademischen Laufbahn wieder herauswollen —; aber die salus publica muß ihm höher stehen als das private Interesse des einzelnen Bewerbers.

Für die Habilitation ergibt sich also die Forderung: sie muß objektiviert werden.

Das ist leichter gesagt als getan. Ist die Objektivierung schon bei Berufungen reifer Gelehrten schwer, um wie viel mehr erst dem Anfänger gegenüber, von dem bestenfalls zwei bis drei Arbeiten vorliegen. Ganz wird man das Urteil der Fakultät und des Fachordinarius nicht ausschalten dürfen; denn sie müssen später mit dem Kandidaten zusammen arbeiten, und der hohe ideelle Wert des Verhältnisses von Lehrer und Schüler darf auch nicht unterschätzt werden; niemand kennt den Habilitandus so gut wie sein Lehrer. Aber in beiden Fällen, die häufig zusammenfallen, bleibt die Entscheidung subjektiv. Es muß eine von der Regierung für jedes Fach eingesetzte oder von der Gesamtheit der Fachgenossen gewählte Kommission ein Nachprüfungsrecht haben. In der Regel dürfte den Fakultäten niemand gegen ihren Willen aufgezwungen

werden, aber es müßten auch Garantieen gegen den Zunftegoismus geschaffen werden, vielleicht in der Form, daß eine Fakultät in dem gleichen Fach nicht mehr als zweimal von der Kommission empfohlene Kandidaten ablehnen dürfte. Die Grundsätze der Kommission, der alles Material und auch das Votum einer oder mehrerer Fakultäten vorzulegen wäre, müßten äußerst streng sein. Die Regierung wäre an ihren Beratungen zu beteiligen und gegebenenfalls die Verhandlungen zu veröffentlichen. Nur bei einem solchen Verfahren wäre der Staat gesichert, nur würdige Kandidaten für die Privatdozentenlaufbahn zu gewinnen.

Zweckmäßig wären diese aus allen deutschen Universitäten zu beschickenden Fachausschüsse, die unter Umständen auch von den Fachkongressen gewählt werden könnten, auch bei Berufungen in ordentliche Professuren zu hören. Das bisherige Verfahren ist zwar schon stark objektiviert, da Fakultät und Regierung unter der Kontrolle der Öffentlichkeit in jedem Einzelfalle zusammen arbeiten. Die Regierung, wenigstens die preußische, veranstaltet schon jetzt zur Kontrolle der Fakultäten eine Art von Abstimmung über die geeigneten Kandidaten, indem sie sich schriftliche und mündliche Gutachten über die Fakultätsvorschläge von Autoritäten, aber auch vom Nachwuchs erstatten läßt. Das Verfahren ließe sich aber auch dadurch verbessern, daß die Fachausschüsse jedes Jahr eine motivierte Liste der Anwärter für Anfangsstellen mit bestimmter Reihenfolge einreichten. Für besonders bedeutende Professuren könnte sie im Einzelfall gehört werden. Die Regierung hätte dann zwei offizielle Voten zur Verfüguug, eines von der Fakultät, in dem die lokalen Wünsche, und eines von den Fachgenossen, in dem die Fachwissenschaften zu Worte kämen. Sie wird ihre Entscheidung dann im öffentlichen Interesse

treffen. Keinesfalls darf sie an die Voten gebunden sein; denn das wäre die Herrschaft der Fachpäpste und Schulen und damit die Selbstergänzung und die Vergewaltigung vielversprechender Minderheiten. Erfahrungsgemäß pflegt die Regierung ein offeneres Auge für den Wert des Neuen zu besitzen als die leicht im Alexandrinertum erstarrenden Schulhäupter. Den Fortschritt der Wissenschaft auf Abstimmung basieren, heißt sie ruinieren. Dafür brauchen wir aber eine starke Regierung, die auch den Mut hat, gelegentlich gegen die sachverständigen Voten zu entscheiden. Sie muß dann allerdings vor aller Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen. Bequemer ist es für die Regierung, stets nach dem Votum zu gehen. Auch schon jetzt wird sie immer gedeckt sein, wenn sie den an erster Stelle genannten Kandidaten beruft. Wenn sie trotzdem anders entscheidet, hat sie also meist gute Gründe. Über dies Kapitel ließe sich sehr viel sagen.

Sind so Professor und Privatdozent durch ein möglichst neutrales und objektives Verfahren ausgelesen, so bilden sie gemeinsam mit den Studierenden die akademische Genossenschaft. Den engeren Lehrkörper bilden die Professoren als Beamte. Die freien Privatdozenten sind allerdings schon zur Verstärkung des Solidaritätsgefühls ebenfalls an der Genossenschaft aktiv zu beteiligen. Eine Gleichstellung mit den Beamten in Senat und Fakultäten kann m. E. nicht in Frage kommen. Rektor und Dekane sollten sie mitwählen, aber selbst nicht wählbar sein. Es wäre zu überlegen, wie man sie beteiligen könnte. Der Vorschlag, Privatdozentenkammern nach Art der Fakultäten und neben ihnen, mit dem Recht der Votierung an Senat, Fakultäten und Regierung in allen wichtigen Fragen zu bilden, scheint sehr beachtenswert. Jedenfalls ist diese Lösung besser als die Vertretung der Privatdozenten innerhalb der Fakul-

täten. Zieht man sie hier heran, dann ist die Schaffung einer weiteren Fakultät neben einer engeren vielleicht doch noch besser als die Aufnahme von Privatdozentenvertretern in die engere Fakultät. Die Frage möge hier offen bleiben. Ebenso notwendig ist aber die Beteiligung der Studenten an der Verwaltungsarbeit der Universitätsgenossenschaft, an der es bisher ganz gebricht.

6. Student und Hochschule

Die akademische Genossenschaft setzt sich aus den Professoren als Staatsbeamten, den Privatdozenten als freien Lehrern und den Studenten als den Lernenden zusammen. An dieser Aufstellung hat man auszusetzen gehabt, daß sie die Studenten an letzter Stelle nenne. Dieser naive, aber für unsere Zeit charakteristische Vorwurf nötigt dazu, gleich am Anfang dieser Betrachtung offen auszusprechen, daß die Hochschullehrer im Gegensatz zu allen anderen Lehrern nicht nur zum Lehren, also nicht ausschließlich um der Schüler willen da sind, sondern auch Selbstzweck sind. Sie sind Forscher und Lehrer. Das Gleiche gilt von den Privatdozenten vielleicht in noch höherem Maße. Auch wird die Universität als dauernde Einrichtung vom Lehrkörper gebildet, die Studenten gehen nur durch sie hindurch, und es ist deshalb ganz selbstverständlich, auch abgesehen von den Altersverhältnissen, daß das wechselnde Element erst hinter dem bleibenden aufgezählt wird.

Als mit dem 9. November sich alle traditionellen Fesseln lösten, wurden von einzelnen akademischen Wortführern in mißverstandener Anwendung sozialistischer Gedanken die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch auf das Verhältnis von Lehrer zu Schüler übertragen. Das Autoritätsprinzip war auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet gefallen, es hatte sich auch auf pädagogischem Gebiet überlebt; neben den Arbeiterrat trat der Studentenrat, der mancherorts die Leitung der Universität beanspruchte. Die Bewegung ist an ihrem inneren Widersinn und am gesunden Empfinden unserer Jugend

gescheitert. Aber hier wurden Kräfte und Ansätze sichtbar, deren Berechtigung nicht zu leugnen ist.

Die Studentenschaft stand bisher völlig außerhalb der Universität im engeren Sinne. Bei Festen und Fackelzügen trat die Studentenschaft rein dekorativ in Erscheinung. Die Studentenschaft als solche war lange nicht überall organisiert, und wo sie es war, wurde die Organisation durch die Korporationen gebildet, neben denen die Nichtinkorporierten keine erhebliche Rolle spielten. Die Uninteressiertheit der Studentenschaft an allgemeinen akademischen Fragen war ebenso grenzenlos wie charakteristisch als ein getreues Spiegelbild der politischen Teilnahmlosigkeit der gesamten deutschen Intelligenz. Die soziologischen Gruppierungen pflegen in Deutschland, wenn der Deutsche sich überhaupt einmal von seinem Individualismus freimacht, in kleinen und kleinsten Gebilden stecken zu bleiben, und liegt einmal ein großzügiger Anlauf vor, so sorgt der kollektive Individualismus in der Form des Partikularismus oder des Parteihaders schnell wieder für den Zerfall in die dem Deutschen offenbar besonders sympathischen kleinen Gruppen und Vereine. Auch die Studentenschaft hat es nirgends zu einer großen Gesamtorganisation gebracht, wie sie in anderen Ländern besteht, sondern ihr Gesellschaftsempfinden lebte sich aus in den mannigfaltigen Korporationen verschiedener Richtung, die sich — auch das ist charakteristisch — wohl zu großen Verbänden zusammenschließen, aber nicht etwa am Orte selbst, sondern interlokal. Die Korporationen am Orte pflegten meist in lebhaftem Gegensatz zueinander zu stehen. Aber selbst dieser bescheidene überindividuelle Zusammenschluß umfaßte immer nur die Minderheit der Studentenschaft, die Mehrzahl blieb völlig unorganisiert. Für die Universitätsbehörden war es bisher unmöglich, mit der Gesamtstudentenschaft als solcher in Fühlung

zu treten. Selbst die sogenannten Studentenausschüsse, wo es glückte, sie zu bilden — und sie blieben stets bereit, bei jeder kleinen Reibung auseinanderzufallen — waren doch nur Vertretungen der Korporationen. Die Nichtinkorporierten hatten sich durch mangelhafte Beteiligung an den Wahlen meist selbst ausgeschlossen. Zwar führten oft einige Nichtinkorporiertenvertreter das große Wort, aber es standen nur eingebildete Massen hinter ihnen. Diesen Tatbestand muß man im Auge behalten, wenn man das Problem der Beteiligung von Studenten an den Universitätsgeschäften in Angriff nimmt.

Nun kann man gewiß sagen: Die Studentenausschüsse hatten keine Rechte; deshalb lohnte es sich nicht, an den Wahlen teilzunehmen. Gewiß, aber die Universitäten konnten sich ganz berechtigterweise auf den Standpunkt stellen: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert. Auch wäre es zweifellos falsch gewesen, die Studenten auf der Basis des Korporationswesens mit seiner hauptsächlich gesellschaftlichen und konfessionellen Schichtung an der Universitätsverwaltung zu beteiligen. Nicht die Zugehörigkeit zu dieser oder jener farbentragenden oder schwarzen Verbindung, sondern nur der Charakter als Student oder als Fakultäts- oder als Instituts- und Seminarmitglied kann die Legitimation für Wahlen von Studentenvertretern mit Aufgaben im engeren Universitätsrahmen abgeben. So sind die Studentenausschüsse Aushilfs- und Notkonstruktionen, mit denen die Repräsentation bei Aulaakten und Kommersen bestritten werden kann, niemals aber eine wirkliche Vertretung der Studentenschaft als Glied der akademischen Genossenschaft. Alle Beteiligung der Studentenschaft an allgemeinen Aufgaben der Universität muß davon abhängen, ob unsere Studenten fähig sind, Vertretungen, die wirklich diesen Namen verdienen, durch Beteiligung der Mehrzahl an den

Wahlen zu schaffen. Steht hinter den Gewählten nicht mindestens die Hälfte oder Dreiviertel der Studierenden, oder wählen gar nur Minderheiten, so bekommen einige Wortführer mit ihrem Anhang unverhältnismäßig großen Einfluß. Man wende nicht ein, daß das bei allen Wahlen so sei. Beteiligung an allgemeinen politischen Wahlen ist staatsbürgerliche Pflicht. Ihre Notwendigkeit ist unbestritten. Allgemeine studentische Wahlen sind keine Notwendigkeit, werden sogar von vielen grundsätzlich abgelehnt. Der Haken bei aller studentischer Arbeit für die Gesamtheit ist nämlich der, daß kein wirklicher Student sich den allgemeinen Geschäften länger als ein bis zwei Semester widmen kann, sonst gefährdet er sein Fortkommen. Wirkliche Sachkenntnis und Überblick kann man in so kurzer Zeit aber nicht erlangen. Die Universitätsverwaltung hätte also stets von neuem mit gänzlich ungeschulten und unsachverständigen Vertretern der Studentenschaft zu tun; die Geschäfte würden also dadurch nicht gefördert, sondern gehemmt. Noch schrecklicher aber wäre, wenn sich berufsmäßige Studentenvertreter, die nur zum Schein noch immatrikuliert blieben, zwischen die Dozenten und Studenten drängten. Diese Leute müßten nach der bekannten Art von Generalsekretären ihre Existenzberechtigung durch Vielgeschäftigkeit nachweisen, wodurch nur das Vertrauen in dem bestehenden Lehr- und Lernverhältnis untergraben und niemandem als solchen Berufsvertretern und einem doktrinären Prinzip geholfen wäre.

Die Studentenschaft ist sich dieser Bedenken und Gefahren wohl bewußt, und sie hat durch ihre Wahlbeteiligung nach der Revolution bewiesen, daß sie entschlossen ist, ihre Vertretung selbst in die Hand zu nehmen. Damit ist der Anlaß gegeben, einer gesetzmäßigen Vertretung der Studentenschaft

innerhalb der Universitätsorganisationen die Wege zu bereiten. Allerdings wird nicht immer mit einer so alten und reifen Studentenschaft zu rechnen sein, wie sie die lange Kriegsdauer geschaffen hat. Aber die jetzige Generation kann und muß traditionsbildend werden. Sie hat den Begriff der Kameradschaft, der Solidarität, mit aus dem Felde gebracht. Möge sie ihn späteren Studentengeschlechtern durch inzwischen geschaffene neue Organisationsformen vererben.

Da ist zunächst das Selbstbewußtsein der Studentenschaft als der Trägerin der künftigen Geistesarbeit der Nation zu entwickeln und zu pflegen. Der alte Korporationsgeist kann und darf nicht wiederkehren; denn dieser Geist war durch und durch undemokratisch. Er führte die Studentenschaft nicht zusammen, sondern auseinander. Er war weiter aufgebaut auf sozialen Vorurteilen, die niemals Berechtigung hatten, heute aber ganz unmöglich sind. Wenn, wie zu erwarten, die alten Korporationen bestehen bleiben, so können sie es nur der äußeren Form nach. Sie müssen innerlich anders werden, wenn nicht der Riß zwischen akademischer und nichtakademischer Jugend zum Abgrund für unsere Gesellschaft sich erweitern soll. Der Weg zur Mitarbeit an der Universität geht nur über das Gemeinschaftlichkeitsbewußtsein. Nicht: „Ich bin Franke, Alemanne, ich bin Korpsstudent oder Burschenschaftler" darf es heißen, sondern nur: „Ich bin Student". Und Student sein heißt heutzutage nicht mehr: „Ich will mich ausleben, und ich darf mich ungestraft ausleben", sondern: „Ich will arbeiten, ich bin mir der Verantwortlichkeit meiner Arbeit bewußt. Die Arbeit an mir ist Arbeit am Volke." Zur Arbeit schließe man sich zusammen und nicht zum Vergnügen.

Dabei ist Arbeit im weitesten Sinne verstanden. Nicht nur Berufsarbeit. Das Nichtsalsfachwissen ist der Ruin unserer

Universitäten. Jeder mache den Versuch, sich als denkender Mensch zu empfinden, der sich mit der Totalität des Wissenswerten irgendwie auseinandersetzt. Und nicht nur des Wissens. Wir müssen heraus aus dem Rationalismus unserer Kultur. Nur in der Jugend finden wir den Mut, auch das Irrationale unbedingt zu bejahen. Trinken wir von diesem Quell. Erschließen wir die Schatzkammern des rein menschlichen Erlebens im Verkehr des Ich mit dem Du. Möge die Studentenschaft sich hier wie bei der Arbeit finden im Überindividuellen. Man braucht nicht gleich Millionen zu umschlingen, aber man sollte sich auch nicht in engen Kasten gegeneinander abschließen. Die Zeiten sind hoffentlich vorüber, daß Studenten semesterlang nebeneinander sitzen konnten, ohne sich auch nur im geringsten umeinander zu kümmern. Die deutsche akademische Jugend muß vom Begriff zum Organismus werden. Erst wenn sie diese Reform an sich selber vollbracht hat, ist sie wirklich reif zur Mitarbeit an der Universität als Genossenschaft.

Soweit bisher Ansätze vorliegen, organisiert sich die Studentenschaft zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber dem Lehrkörper, gegenüber der Regierung oder dem Militär. Alles berechtigte Maßnahmen, die zu begrüßen sind. Aber damit bauen wir kein neues Deutschland auf. Wie in unserer Politik sollten auch in der Studentenbewegung nicht die Interessen, sondern die Ideen herrschen. Diese Ideen sollten natürlich keine politischen Schlagworte sein, sondern Bildungswerte. Gewiß ist es gut, ja notwendig, daß auch die akademische Jugend ihre staatsbürgerlichen Pflichten erfüllt; aber als Studentenschaft sollte sie sich nicht parteipolitisch gliedern. Parteipolitik kämpft mit Schlagwörtern und muß es tun. Der Student soll sich aber mit der ganzen Problematik der Wissenschaft

durchdringen, eine geistige Einstellung, die sich mit Parteipolitik einfach nicht verträgt. Parteipolitik an der Universität schlägt gerade das tot, was die Berührung mit der Wissenschaft im jugendlichen Menschen lebendig macht, hebt also den Zweck des Universitätsbesuchs auf. Der Zweck der Universität ist aber nicht das Brotstudium, sondern die Erweckung des geistigen Menschen auch in denen, die niemals Fachgelehrte werden wollen.

Lebt und webt die Studentenschaft in dieser Atmosphäre, faßt sie so ihren Beruf auf, dann wird sie unsere Universitäten reorganisieren, aber sie muß — wie nicht oft genug gesagt werden kann — mit der Reform bei sich selber anfangen. Dann fällt alles Andere, das jetzt noch hindert und hemmt, ganz von selbst. Die Tage der Universitätsrichter sind gezählt. Ein Verwaltungsmann an der Universität kann nicht entbehrt werden, aber ein Sonderrichter ist überflüssig. Es ist erfreulich, daß die Studentenschaft gegen ihren Sondergerichtsstand protestiert. Er war zwar nur zu ihren Gunsten geschaffen, um ihren gelegentlichen Übermut vor dem Strafgesetz zu schützen. Auch dafür gibt es heute keinen Platz mehr. Der Karzer gehört ins Germanische Museum und nicht mehr an die Universitäten. Disziplinarbestimmungen müssen allerdings bestehen bleiben; denn wir weilen noch nicht im Paradiese, und vorher sterben die räudigen Schafe nicht aus. Aber man beteilige die Studenten an dem Verfahren. Ganz darf man es ihnen nicht überlassen; denn sie würden ihre schuldigen Genossen zu streng bestrafen.

Vor allem aber sollte die Studentenschaft die zahlreichen Ansätze sozialer Betätigung in ihren eigenen Reihen ausbauen, die Vermittlungs-, Wohnungs- und Arbeitsämter, die Speise- und Lesehallen, die Krankenkassen usw. Hier ist auch ein Feld für künftige Führer im öffentlichen Leben; hier läßt sich mehr

lernen als im engen Kreis der alten Korporationen, deren Hauptvorzug ja gerade in ihrer Schulung für spätere staatsbürgerliche Tätigkeit liegt. Gottlob regt es sich ja auch überall auf diesem Gebiet. Staatliche Mittel sollten noch mehr als bisher dafür zur Verfügung gestellt, auch die Selbstbesteuerung der Studentenschaft für ihre eignen Zwecke könnte ausgebaut werden. Überall aber gebe man dem Studenten Verantwortung. Man kann ihn beraten, aber man gängle ihn nicht. So wächst der Student auch langsam in die größeren Aufgaben hinein.

7. Materielle und ideelle Voraussetzungen jeder Reform

Es ist eine bekannte These radikaler Theoretiker, man müsse erst alles zerstören, um eine wirklich neue Welt aufzubauen. Da die Grundfehler des Gewordenen aber nicht in den Dingen liegen, sondern in den Menschen, die das Vorhandene geschaffen haben, die Menschen aber Menschen bleiben, so würde vermutlich die auf den Trümmern der alten Welt entstehende neue sehr bald wieder die Merkmale und auch die Schattenseiten des zerstörten Zeitalters aufweisen, vielleicht sogar verschärft durch die gewaltsame Primitivität der Zustände; unendliche Werte aber wären einer Phantasterei zuliebe zerstört. Es gibt auch akademische Theoretiker, die Zerstörung und radikalen Neubau fordern; aller Umbau bliebe Stückwerk. Also secessio in montem sacrum! Bei aller Ablehnung des Utopischen, bei aller Forderung organischer Weiterentwicklung muß doch auch der Verfasser bekennen, daß eine wirkliche Gesundung unserer akademischen Zustände nur denkbar ist, wenn man sich zu einer sehr radikalen Änderung auf materiellem Gebiet entschließt und wenn damit eine neue geistige Einstellung verbunden ist.

Keine Hochschulreform ohne Umgestaltung des Kolleggeldwesens! Läßt man die gültige Kolleggeldpraxis bestehen, so sind alle vorgeschlagenen organisatorischen und pädagogischen Reformen undurchführbar, oder sie werden zu bedeutungslosen Schönheitsschnörkeln. Ja, auf die Dauer wird selbst die Wissenschaft bedroht. Für letztere Gefahr nur ein Beispiel.

Wir haben überall zwei Lehrstühle für Physik, einen für theoretische (meist Extraordinariat), und einen für Experimentalphysik (fast überall Ordinariat). Den Experimentalphysiker müssen alle Mediziner, Oberlehrer usw. hören, daher bezieht er meist sehr große Kolleggelder, die Theoretiker haben ungleich viel geringere Einnahmen. Deshalb wollen alle Theoretiker auf die Experimentallehrstühle, obwohl sie oft ganz ungeeignet dazu sind. Um des Kolleggelds willen quälen sie sich mit Anfängern und mit Aufgaben herum, die ihnen oft gar nicht liegen. Mancher wird auch als Theoretiker Experimentalarbeiten machen, um als papabilis für den einträglicheren Lehrstuhl zu gelten. Es kommen also rein materialistische Gesichtspunkte in die wissenschaftliche Arbeit. Man bevorzugt überhaupt die Fächer, die mehr einbringen, weil sie zufällig eine praktische Bedeutung haben, ohne wissenschaftlich wichtiger zu sein. Für die rein wissenschaftlichen Fächer ohne Anwendung in der Praxis gibt es überhaupt kaum mehr Nachwuchs. Die Professuren für Sanskrit und Ägyptologie werden in einigen Jahren überhaupt nicht mehr zu besetzen sein.

Aber nicht nur die Wissenschaft leidet unter diesen Zuständen, auch der Student. Auch hier nur einige Beispiele! Die juristischen Vorlesungen werden mit großer Stundenzahl gelesen, zum Teil weil das Kolleggeld nach der Zahl der Stunden berechnet wird, obwohl natürlich kein Professor nur deshalb so viele Stunden liest, sondern weil er glaubt, sie zur Bewältigung des Stoffes zu gebrauchen. Aber die gesunde Verkürzung der Kollegstundenzahl, mit der alle Reform anfangen muß, wird dadurch unmöglich, weil sich angesichts der großen materiellen Opfer, die sie vom Professor fordert, leicht sachliche Gründe finden werden, sie zu verhindern. Das gleiche ist in der medizinischen Fakultät der Fall. Wenn jeder Privatdozent oder

Extraordinarius Klinik abhalten und Praktikantenscheine ausstellen dürfte — was doch nur der Grundforderung der akademischen Lehr- und Lernfreiheit entsprechen würde —, so würden sich die Studentenmassen verteilen, alle würden mehr lernen, aber die großen Kliniker, soweit sie nicht auch überlegene Lehrer und Forscher sind, würden eine Ebbe in ihrer großen klinischen Vorlesung erleben, die alle ihnen bei der Berufung von der Regierung mitgeteilten Voraussetzungen über ihr mutmaßliches Diensteinkommen zuschanden werden lassen würde. Deshalb wenden sich naturgemäß die Fakultäten gegen solche Reformen, und selbst die Regierungen können sich nur schwer dazu entschließen, weil sie dann notgedrungen aus Staatsmitteln Ersatz beschaffen müßten, wozu sie nicht nur moralisch, sondern im Fall von Kolleggeldgarantien auch rechtlich verpflichtet sind.

Aber auch die organisatorische Reform wird durch das leidige Kolleggeld gehemmt. Die Stellung der Ordinarien gegenüber den Nichtordinarien ist nicht nur ideell, sie ist auch materiell nahezu absolutistisch. Die großen Pflichtvorlesungen behält sich der Ordinarius vor, bei vielen Disziplinen sind das gerade die Anfängervorlesungen mit dem Massenbesuch der vielen wissenschaftlich Uninteressierten. In den Geisteswissenschaften liegen die Verhältnisse günstiger, aber auch hier übt an kleinen Universitäten der in seiner wissenschaftlichen Existenz bedrohte Ordinarius einen sanften Druck oder einen absoluten Terror aus, verhindert Habilitationen und Gründung neuer Stellen. In gewissen Fakultäten werden selbst Berufungen erschwert durch Anciennitätsansprüche auf die sogenannten „guten", d. h. studentenreichen Semester, und die Regierung muß auf Gewohnheit gegründete Ansprüche unter Umständen durch Kolleggeldgarantien ablösen. Jede Neuordnung greift in private Wirtschaftsver-

hältnisse, verdirbt die Stimmung und vergiftet die Kollegialität, und deshalb liegt die Versuchung nahe, alles beim Alten zu belassen. In den großen naturwissenschaftlichen und medizinischen Instituten kommen dann die riesigen Praktikantengelder zur Verteilung. Auch hier ist der einzig Berechtigte der Ordinarius, der seinen Helfern abgibt. Daß dabei manche Professoren sehr großzügig und vornehm sind, soll ebenso offen ausgesprochen werden, wie daß das Umgekehrte häufiger ist. Immer aber ist es mehr oder weniger ihrem freien Ermessen anheimgestellt, und die Regierung kann bestenfalls vermitteln. Es zeigen sich also hier überall die schweren Schäden eines überlebten Sportelwesens, das sonst nirgends mehr existiert, sondern längst durch feste Beamtenbezüge abgelöst ist.

Also schaffe man das Kolleggeld ab und alle akademischen Sporteln, Immatrikulationsgebühren, Auditoriengelder, oder wie sie sonst heißen mögen, dazu! Diese radikale Forderung wird von vielen Seiten erhoben, und niemand wäre damit zufriedener als die Professoren, wenn man ihnen wirklich ihre bisherigen Bezüge in Gehaltsform auszahlen würde; denn unerträglich ist für den akademischen Lehrer die Unsicherheit und vor allem die Labilität seiner Bezüge. Man nehme z. B. einen klassischen Philologen. Er wird berufen mit einem Gehalt von, sagen wir, 6000 Mark, und es wird ihm bei der Verhandlung von dem Universitätsreferenten aus den Listen nachgewiesen, daß der Vorgänger durchschnittlich 10000 Mark Kolleggeldeinnahmen bezogen hat. Erfreut stellt er seinen Haushaltsplan auf 15—16000 Mark ein. Einige Jahre geht es gut, dann ist infolge des zahlreichen Studiums der klassischen Philologie ein Übermaß von Schulamtskandidaten mit klassischer philologischer Fakultas entstanden, die Anstellungen stocken, es muß vor dem Studium der klassischen Philologie gewarnt werden,

der Besuch der Vorlesungen geht zurück und zwar stark, statt 10000 Mark nimmt der Professor bei genau der gleichen Arbeitsleistung nur noch 3—4000 Mark ein; dadurch kommt sein ganzer Wirtschaftsplan durcheinander, und er muß alles daransetzen, daß die paar Studierenden ihm nicht noch von Privatdozenten und Extraordinarien weggefangen werden. Als pater familias kann er gar nicht anders handeln. Ist dieser Zustand wirklich noch würdig? Die wirtschaftliche Not während des Krieges ist in akademischen Kreisen größer gewesen als irgendein Außenstehender ahnt. Die Regierung hat nach Kräften unter der Hand geholfen, aber auch sie hat nicht alles erfahren und nicht überall helfen können. Viele Professoren gleichen jetzt durch die Sondereinnahmen der eingeschobenen Semester ihre während des Krieges kontrahierten Schulden langsam aus. Eine Festlegung der Bezüge würde also von diesen Kreisen wohl nur freudig begrüßt werden.

Aber es sprechen doch auch sehr erhebliche Gründe für Beibehaltung des Sportelwesens. Zunächst staatsfinanzielle. Es handelt sich hier um sehr erhebliche Summen, um viele Millionen, die nur durch völlige Umgestaltung des Staatshaushaltsplans aufgebracht werden könnten. Eine Abschaffung der Kolleggelder, die zweifellos einen Jubel bei den Studenten und ihren Eltern auslösen würde, ist bei der gegenwärtigen Finanzlage völlig ausgeschlossen. Hier könnte nur in ganz Deutschland einheitlich vorgegangen werden. Was sich schon Preußen nicht leisten kann, wird für die anderen Gliedstaaten zur baren Unmöglichkeit. In den kleineren Staaten ist man im Staatsinteresse — nicht im Interesse der Professoren — dabei, das Sportelwesen noch auszubauen. Nur dadurch vermag man die Universitäten einigermaßen auf der Höhe zu halten. Bei der jetzigen Entwertung des Geldes stehen die

Universitätsverwaltungen schon sowieso vor der fast unlösbaren finanziellen Aufgabe, nur für die sächlichen Ausgaben den status quo ante aufrechtzuerhalten. In diesem Augenblick der Staatskasse auch noch den Ersatz für Kolleggelder und bestehende, in die Staatskasse fließende Sporteln aus allgemeinen Staatsmitteln zumuten zu wollen, heißt den Ruin, den rettungslosen Ruin unseres höchsten Bildungswesens fordern. Rein theoretisch ist die Unentgeltlichkeit jeglichen Unterrichts auf Staatsanstalten, auch auf den Hochschulen, eine ideell gerechtfertigte Forderung, praktisch ist sie noch für lange Jahre eine Utopie.

Unbeschadet dieser grundsätzlichen Forderung sprechen aber neben den finanziellen auch andere praktische Gründe für die Beibehaltung des Kolleggeldes. Es liegen nämlich Erfahrungen in anderen Staaten vor, die nicht gerade ermutigen. So in Frankreich und Österreich. Wenn man den Gehalt festlegt, so kann man wohl anständige Gehälter zahlen, aber man ist doch in der Hauptsache an die Gehaltsordnung für Beamte gebunden und kann sehr schwer den einen Beamten der gleichen Klasse höher bezahlen als den anderen und und kann schließlich kaum so hoch gehen, wie man einen guten Professor unter Umständen bezahlen muß. Die Wissenschaft ist eben auch ein freier Beruf. Ein Professor kann, wenn er etwas leistet, mit einem Riesengehalt von einem industriellen Unternehmen gewonnen werden, er kann als Anwalt, als praktischer Arzt enorme Summen verdienen, man muß also, wenn man erste Kräfte — und die brauchen wir — an unseren Hochschulen halten will, ihnen auch materiell eine Position bieten, die es ihnen ermöglicht, selbst glänzende Angebote auszuschlagen. Sich nur auf die ersten Kräfte beschränken zu wollen, die um des Staates und der Wissenschaft willen auf lockende Aussichten verzichten — es gibt auch

solche —, wäre ein ebenso hoffnungsloses Unterfangen wie die Perlenfischerei im Austernrestaurant. Die Abwanderung unserer führenden Köpfe aus den Hochschulen in die Privatbetriebe oder ins Ausland wäre die unausbleibliche Folge. Frankreich und Österreich wissen ein Lied davon zu singen. Dienstliche Bezüge, die wirklich konkurrenzfähig machen, sind in der Form von Gehältern einfach nicht zu zahlen. Wir haben uns in Preußen schon durch die Honorarabzüge, die wir vornehmen, so geschadet, daß eine Größe aus Leipzig oder München nur noch unter Gewährung besonderer Garantien nach Berlin berufen werden kann., Das Honorarabzugsverfahren hat aber dafür so viel andere, hier nicht zu erörternde Vorzüge, daß es einfach nicht mehr fortgedacht werden kann. Ihm ist es umgekehrt z. B. zu danken, daß wir hervorragende Kräfte auch auf Stellen berufen können, mit denen keine besonders hohen Einnahmten verbunden sind. Dadurch ist ein Korrektiv für Ungerechtigkeiten der zufälligen Konstellation gegeben.

Eine weitere betrübende Erfahrung der genannten Staaten ist der Rückgang der Lehrfreudigkeit. Die würde in Deutschland, dessen Professoren alle Forscher sind, noch stärker eintreten. Die meisten würden sich auf die ihnen vertraglich auferlegte Stundenzahl beschränken, auch an der Erhaltung der Zugkraft ihrer Vorlesungen nicht mehr interessiert sein und lieber ihre ganze freie Zeit der Forschung widmen und geldbringender literarischer Nebenbeschäftigung. Auch hier kann man sagen: Exempla docent.

Nein, die Abschaffung der Kolleggelder liegt nicht im Interesse des Staates, solange noch Menschen, um ihre Existenz ringende Menschen, auf die akademischen Lehrstühle gesetzt werden. Es kann sich nur um eine Reform des Kolleggeld-

wesens handeln, die die Mißstände beseitigt, aber die Vorzüge des Systems beibehält. Da scheint mir der wichtigste Punkt die Beseitigung des ungesunden Zustandes, daß der Hauptteil der Dienstbezüge des Professors labil ist, er also mit seiner wirtschaftlichen Existenz vom Besuch seiner Vorlesung abhängt. Das hat gelegentlich zu würdelosem Haschen nach der Gunst der Studenten geführt, das hat den Kampf um die Mitgliedschaft in den Examenskommissionen, die Eifersucht bei der Regelung der Dissertationen und andere unliebsame Erscheinungen zur Folge gehabt. Man schaffe ein System, das den Professor in seinen Haupteinnahmen, aus denen er sein Budget bestreitet, unabhängig macht vom Kollegbesuch. Wenn ein Professor 6000 Mark Gehalt und 10000 Mark labile Einnahmen hat, so garantiere man ihm ein festes Einkommen von 14000 Mark und lasse die 2000 Mark labil. Diese Summe ist zu gering, um ihn deswegen zu überflüssigen Kollegstunden oder zur Opposition gegen Reformen zu veranlassen, aber immerhin groß genug, um seinen Lehreifer anzustacheln. Es handelt sich also um einen großzügigen Ausbau des Garantiesystems. Es brauchte ja nicht gleich die ganze Garantiesumme pensionsfähig zu sein, man könnte Gehalt und Aktivitätszulage scheiden, eine große Verbesserung wäre es gewiß.

Natürlich wachsen damit die Verpflichtungen des Staates, und wie kann dieser sich gegen zu große Belastung der laufenden Fonds sicherstellen? Die Handelshochschule in Köln hat vor ihrer Umwandlung in eine Universität recht interessante Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt. Dort zahlte jeder Student eine runde Summe für das Semester und konnte dann bis zu einer sehr großen Zahl von Stunden beliebige Vorlesungen hören. Von den eingehenden Geldern flossen zwei Drittel in die allgemeine Kasse, aus der die übrigens recht

hohen festen Besoldungen gezahlt wurden, während das letzte Drittel nach einem bestimmten Schlüssel an die Dozenten zur Verteilung gelangte. Der Schlüssel war dort eine Art von Stundenkilometer, d. h. Belegerzahl und Stundenzahl wurden multipliziert und das Verhältnis berechnet. Man könnte auch einen anderen Schlüssel wählen, jedenfalls ist das System gut. Die Privatdozenten werden dadurch abgefunden, daß ihre Quote verdoppelt wurde. Würde durch die Reform den Privatdozenten ein Existenzminimum garantiert, fiele auch diese Schwierigkeit fort. Voraussetzung scheint mir allerdings das Pauschquantum der Studierenden. Das wäre eine Vereinfachung des Betriebes, die nicht hoch genug gewertet werden kann. Es wäre eine Maßnahme, die auch unbedingt im Interesse der Studentenschaft liegt. Vielleicht müßte allerdings nach Fakultäten differenziert werden. Es wäre leicht auszurechnen, wieviel im Durchschnitt ein Student zahlt. Dann hätte in Zukunft jeder die gleiche Summe zu zahlen und könnte dafür alles hören. Es lassen sich dann auch die Kosten für das Studium besser übersehen, und die Stipendienfrage wäre auf einen festen Boden gestellt. Es entfiele vor allem der von mir oft beobachtete Mißbrauch, daß die Studenten mit einer bestimmten Summe für die Kolleggelder von hause kommen, dann aber das Geld für andere Dinge ausgeben und lieber ein paar Vorlesungen weniger belegen. Es würde durch dies Verfahren auch der allgemeinen Bildung Tür und Tor geöffnet: denn sehr häufig unterläßt der Student jetzt den Besuch von Vorlesungen außerhalb seines Brotstudiums, um die 10 oder 20 Mark Kolleggeld zu sparen. Man ahnt gar nicht, wie banausisch dabei manchmal vorgegangen wird. Die geistig Angeregten schinden dann wenigstens, aber das ist doch auch nicht gerade erstrebenswert. Das Wichtigste bei dieser Einrichtung

ist aber, daß sie der erste Schritt zu einem Abbau des Kolleggeldwesens überhaupt bedeuten würde, denn auch der labile Teil der Einnahmen ließe sich schließlich verstaatlichen. Auch würde ein größerer und gerechterer Ausgleich zwischen den Professoren möglich sein als jetzt; es ist doch nicht einzusehen, warum der BGB.-Lehrer so sehr viel höher bezahlt werden soll, als der vielleicht viel bedeutendere Neutestamentler oder Anthropologe. Unterschiede müssen sein, die Gesetze von Angebot und Nachfrage können nicht beiseite gelassen werden, aber es soll die Tüchtigkeit bezahlt werden und nicht die Konjunktur!

Das hier Vorgetragene ist nur ein Vorschlag. Eine Reform der jetzigen Zustände ist unerläßlich. Vielleicht findet sich noch ein besserer Weg. Dann wird er unbedingt beschritten werden müssen. Jedenfalls müssen wir uns an den Gedanken gewöhnen, daß es ohne einen energischen Eingriff nicht abgehen wird. Sonst bleibt allerdings alle Reform nur Stückwerk.

Wir dürfen überhaupt nicht Angst haben vor dem Neuen und vor allem nicht vor dem Experiment, d. h. dem Versuch mit dem Neuen. Das ist eine der wichtigsten ideellen Voraussetzungen für das Gelingen der akademischen Reform. Leider besteht aber an manchen unserer Hochschulen eine grundsätzliche Ablehnung des Neuen, wenn es von außen, ja selbst wenn es von der Regierung vorgeschlagen wird, der doch nichts mehr am Herzen liegt als das Gedeihen ihrer Hochschulen. Man legt sich manchmal die Frage vor, ob unsere Hochschulen den Begriff der „Bewährung" nicht manchmal etwas zu engherzig fassen. Gelten nicht die korrekten Examensmenschen mit so und so viel numerierten Büchern auch in der Wissenschaftsbürokratie noch mehr als die problematischen Köpfe, die neue Zusammenhänge sehen oder die Jugend zu neuen nichtherge-

brachten Gedankengängen anregen? „Sie sind nicht schulgemäß", „Welches Unheil könnten sie anrichten!" Demgegenüber kann man nur immer wieder sagen, daß Hochschulen keine Kleinkinderbewahranstalten sind und daß immer noch Fachgeist genug auf ihnen vertreten bleibt, auch wenn einmal Leute dort lehren, die nur als Persönlichkeiten wirken und eine in Examensprotokollen kaum greifbare Geistigkeit tradieren. Ist es nicht heute noch gang und gäbe, daß man einen Mann mit unbequemen neuen Gedanken gern als Dilettanten kaltstellt? Das Wunderbarste ist, daß man bei uns damit tatsächlich Ideen und Existenzen totschlagen kann. Demgegenüber scheint mir die neue Gesinnung, die wir brauchen, der Mut zum Dilettantismus. Ohne die dilettanti hätten wir heute keine klassische Archäologie. Und solche dilettanti haben mehrfach gerade die ganz neuen Wege gewiesen. Ein Volk ist senil, das sich vor solchem Dilettantismus fürchtet. Es handelt sich einfach um den Kampf der Problematik gegen die Fachschulung, es spricht mit herein der Ansturm der Jugend gegen das Alter.

Wir werden uns an viel Neues gewöhnen müssen, wenn erst die Extraordinarien und Privatdozenten in den Fakultäten sitzen und die Studenten in den Senaten, wenn erst Fachgremien Gegenvoten zu Fakultätsgutachten erstatten, wenn die Berufungen sich in voller Öffentlichkeit vollziehen, wenn die Zulassung zur Hochschule nicht mehr ausschließlich von den Schulzeugnissen abhängen wird, sondern Zulassungsexamina für Leute unregelmäßiger Ausbildung eingeführt werden, wenn die Examensgebühren erst abgeschafft sind und nach englischem Vorbild kein Professor mehr einen Schüler im Staatsexamen prüft, den er selbst ausgebildet hat, wenn endlich ebenfalls nach englischem Muster es auch Deutsche geben wird, die auf

der Hochschule nur Allgemeinbildung fürs Leben und nicht Fachwissen für ein Staatsexamen suchen. Wir müssen auf manch radikale Neuerung uns umstellen, wir müssen der neuen Zeit Konzessionen machen, wir sollten es auch willig tun und vor allem rechtzeitig. Die Geschichte des Wahlrechts in Preußen-Deutschland sollte uns eine Warnung sein, welchem Radikalismus man sich aussetzt, wenn man sich gegen zeitgemäße Neuerungen sperrt, so unbequem sie manchmal im Augenblick scheinen und so viel „erworbene" Rechte sie bedrohen.

Erfreulich wäre es, wenn die Reformen von den Hochschulen selbst ausgingen. In Preußen sind denn auch einige Universitäten mit Vorschlägen an die Regierung herangetreten. Auch in anderen Gliedstaaten ist das geschehen. Einige Regierungen, so in Baden und Thüringen, haben auf eigene Faust Reformen eingeführt. Es wäre zu wünschen, daß in diesen wichtigen Fragen in allen deutschen Ländern einheitlich vorgegangen würde. Die Fühlungnahme zwischen den Regierungen hat ebenso begonnen wie die zwischen den Hochschulen. Hauptforderung bleibt vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Regierungen. Es kann nicht geleugnet werden, daß beide Gruppen an Autorität eingebüßt haben, weil Autorität zur Zeit überhaupt ein rarer und höchst individueller Artikel geworden ist. Das geistige Gedeihen unseres Volkes verlangt aber autoritätsreiche Hochschulen und autoritätsreiche Regierungen. Sie müssen beide einander auf die Finger sehen, damit nicht hier Schulklüngel und Vetterleswirtschaft, dort politische Schieberei und Abgeordnetenwillkür unsere Hochschulen verderben. Bis zur Einführung der parteipolitischen Parlamentsherrschaft müßte der rein sachlich Denkende die absolute Staatshoheit namentlich auf dem Gebiet des Berufungswesens fordern; mit der Einführung des Parteiregi-

ments — Koalitionsregierung ist dabei wegen der Kompensationen nur wenig besser als reine Parteiregierung —, kann kein Zweifel mehr bestehen, daß nunmehr wenigstens theoretisch die Selbstergänzung der Hochschulen zum kleineren Übel geworden ist. Hoffentlich erhält sich aber in Deutschland auch unter dem parlamentarischen System so viel Respekt vor der Wissenschaft, daß unsere Hochschulen nicht nach Parteigesichtspunkten ergänzt werden. Segensreich ist unter allen Umständen die ständige Spannung zwischen einer starken Regierung und einer starken Universität.

Das braucht dann aber nicht so weit zu gehen, daß unsere Hochschulen alles grundsätzlich mit Mißtrauen ansehen, was von der Regierung kommt. Gerade gegenüber den Reformwünschen vergessen unsere Fakultäten und Senate nur zu leicht, daß sie hier bei ihren Urteilen Richter in eigener Sache sind. Da ist die Regierung als Vertreterin des Gesamtinteresses schon objektiver. Aber auch die Regierung ist zum Teil Partei, und man muß deshalb auf die Stimmen aus der Studentenschaft als der Interessenten und auf die öffentliche Meinung hören. Jedenfalls sollten alle Beteiligten im Geist männlichen Vertrauens an die große Aufgabe herantreten und nicht durch kleinliche Aufbauschung minderwichtiger Fragen und durch verhaltenes Mißtrauen eine Verärgerung schaffen, durch die dann die so notwendige Zusammenarbeit in den Hauptfragen gefährdet oder vergiftet wird.

Alle akademischen Umwälzungen der Vergangenheit sind von großen Gelehrten und durch die von diesen vertretene Neueinstellung des wissenschaftlichen Denkens geschaffen. Die Hochschulreform, vor der wir jetzt stehen, ist von grundsätzlich anderer Natur. Wir brauchen keine Neueinstellung der Wissenschaft; sie hat in ihrem Wesen seit über 100 Jahren

ihren mittelalterlichen Charakter abgestreift, aber sie ist leider in mittelalterlichen Organisationsformen wie in einem noch heute die mittelalterliche Herkunft verratenden Lehrbetriebe stecken geblieben. Ein Umbau muß erfolgen in der soziologischen Struktur der Hochschule und in der Form der Wissenschaftsübermittlung. Als Mahner treten hier überall die Jungen auf, und der Jugend gehört die Zukunft. Der aristokratische Charaker der Wissenschaft darf nicht gefährdet werden; er ist aber bedroht, wenn man ihn mit oligarchischen Organisationsformen und mit dem formalen Autoritätsprinzip im Lehrverhälthis zu schützen wähnt. Der immer noch junge Wein der echten Wissenschaft könnte, wenn man ihn zu lange in brüchig gewordenen alten Schläuchen läßt, eines Tages mit diesen Schläuchen verloren sein. Die Aufgabe der Gegenwart ist, ihn rechtzeitig in solide neuzeitliche Gefäße umzufüllen und in zeitgemäßen Formen der Jugend anzubieten. Dabei darf die studentische Jugend nicht nur Objekt, sondern sie muß Gehilfe sein.

Anhang

Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

U I Nr. 1046 U I T vom 17. Mai 1919

Unmittelbar nach der Revolution wurden in allen Gauen Deutschlands Stimmen laut, die als Einleitung zum geistigen Wiederaufbau eine Reform unseres Hochschullebens forderten. An alle deutschen Hochschulverwaltungen gelangten mannigfache Anregungen von Einzelpersonen und Körperschaften, darunter von den beteiligten Hochschulen selber. In dem Bestreben, diese wichtige Angelegenheit nicht zu überstürzen, habe ich die amtliche Behandlung bis nach Schaffung gesetzmäßiger Zustände zurückgestellt. Nachdem diese hergestellt sind und einzelne deutsche Gliedstaaten schon mit Reformen begonnen haben, ist es im Interesse der Einheitlichkeit des deutschen Hochschullebens unerläßlich, auch in Preußen die nötigen Unterlagen für einen Gedankenaustausch zwischen den deutschen Hochschulstaaten zu beschaffen. Ich beabsichtige deshalb eine vertrauensvolle Aussprache zwischen den preußischen Hochschulen und der Regierung zwecks Materialsammlung zu eröffnen.

Mit Freuden habe ich bemerkt, daß die oft harte Kritik an unsern Hochschulzuständen sich im allgemeinen nicht gegen den Geist der deutschen Wissenschaft wendet. Auch halte ich es für ein vermessenes Unterfangen, den Geist der Wissenschaft durch Verwaltungsmaßnahmen beeinflussen zu wollen. Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei und sollen frei bleiben. Der

Fortschritt der Wissenschaft ist die Frucht schöpferischer Persönlichkeiten, nicht bürokratischer Vorschriften. Die Regierung kann einzig und allein die Aufgabe haben, führenden Köpfen, welcher Richtung und Partei sie auch angehören, Luft und Licht zu freier Entfaltung ihrer Kräfte im Dienste der Allgemeinheit zu verschaffen. Diese Aufgabe wird sie entschlossen auch gegen Widerstände und Bedenklichkeiten zu erfüllen wissen. Jedenfalls kann die deutsche Wissenschaft, wenn sie wirklich reformbedürftig wäre, nur von innen heraus durch ihre Träger und nicht durch Ministerialerlasse umgestaltet werden. Die Wissenschaft steht also bei der Beratung über die Hochschulreform nicht zur Erörterung.

Unsere Hochschulen dienen aber nicht nur der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, sie sind auch Ausbildungsstätten für die verschiedenartigsten Staatsbeamten und freien Berufe. Die hier liegenden Aufgaben dürfen gegenüber den Forschungsaufgaben nicht vernachlässigt werden. Neben dem unwandelbaren Ziel der Wissenschaft liegen hier von Zeit und Umständen abhängige, also wandelbare pädagogische Aufgaben, für die ein Mitbestimmungsrecht der Verwaltungsorgane außer Zweifel steht. Die Freiheit der Wissenschaft ist also nicht bedroht, wenn der Staat sich darum kümmert, ob die bei der Ausbildung seiner künftigen Diener angewandten Methoden auch wirklich Schritt halten mit den veränderten Ansprüchen einer neuen Zeit. Auf hochschulpädagogischem Gebiet liegt aber der Schwerpunkt der neuzeitlichen Kritik unserer akademischen Zustände. Hier scheinen auch mir Reformen am Platze, und deshalb habe ich eine ausführliche Beratung mit den zuständigen Stellen ins Auge gefaßt.

Bevor das aber geschehen kann, muß erwogen werden, ob die bisherigen Organe der Hochschulen tatsächlich noch als einzig

berechtigte Vertreter der Lehrkörper angesehen werden können, oder ob es sich nicht empfiehlt, eine breitere Basis für die hochschulpädagogische Beratung zu schaffen. In der bisherigen Erörterung über die Hochschulreform spielt die Frage der Hochschulorganisation eine hervorragende Rolle. Hier scheint mir eine baldige Neuordnung nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich. Spruchreif ist vor allem die Frage nach der Stellung der außerordentlichen Professoren im Rahmen der Universitäten. Die völlige Aufhebung des Extraordinariats und die Schaffung einer einzigen Klasse von planmäßigen Professoren ist in Anregung gebracht. Eine endgültige Regelung wäre natürlich nur im Rahmen einer Abänderung der Besoldungsordnung, d. h. durch Gesetz, möglich. Da sich diese nicht alsbald verwirklichen läßt, kommt die vorläufige Überführung sämtlicher planmäßiger Extraordinariate in persönliche Ordinariate in Frage. Die nichtplanmäßigen Extraordinariate wären in Honorarprofessuren umzuwandeln. Die Senate und Fakultäten (Abteilungen) werden ersucht, sich schleunigst zu diesem Plane zu äußern und gegebenenfalls Übergangsbestimmungen in Vorschlag zu bringen.

Ein weiteres drängendes Problem ist die Neuregelung der Stellung der Privatdozenten. Mit großer Besorgnis blicke ich auf die wirtschaftliche Not unseres akademischen Nachwuchses. Vorschlägen zu seiner Sicherstellung sehe ich entgegen. Auch liegt mir daran, den nichtbeamteten Mitgliedern der Lehrkörper, den Privatdozenten und Honorarien, eine amtliche Vertretung in der akademischen Gesamtkörperschaft zu verschaffen. Ich sehe einer Äußerung darüber entgegen, ob eine Vertretung der Privatdozenten und Honorarien in den Senaten und Fakultäten (Abteilungen) oder ob die Schaffung eigner Vertretungen der nichtbeamteten akademischen Lehrer (Privatdozentenkammern)

empfohlen wird, und welche Aufgaben diesen Vertretungen zuzuweisen sind.

Endlich ersuche ich darüber zu beraten, ob überhaupt und gegebenenfalls wie und für welche Gebiete die Studentenschaft an den Hochschulgeschäften ordnungsmäßig zu beteiligen ist. Nachdem die tätige Mitarbeit der älteren Schüler an der Schulverwaltung als wichtiges pädagogisches Erziehungsmittel erkannt und in Durchführung begriffen ist, geht es nicht mehr länger an, die so viel reiferen Studierenden völlig von der akademischen Selbstverwaltung auszuschließen.

Über alle diese Fragen ersuche ich die verschiedenen Hochschulen bis zum 1. Juli zu berichten. Den Berichten können Vorschläge zur Organisation der Hochschulen auch über den Rahmen der gestellten Fragen hinaus angeschlossen werden, doch sind die Berichte auf organisatorische Fragen zu beschränken. Sollte der Wunsch bestehen, schon jetzt auch über unterrichtliche (hochschulpädagogische) Fragen eine Erörterung zu eröffnen, so wäre darüber getrennt zu berichten. Es wird den Hochschulen anheimgestellt — unter Beifügung der Vorschläge der jedenfalls zu hörenden Extraordinarien und Privatdozenten — fakultäts- resp. abteilungsmäßig gesondert oder in einem geschlossenen Votum der Gesamtkörperschaft zu berichten.

Haenisch.

An die Senate und Fakultäten der Universitäten (durch die Hand der Herren Kuratoren, bei Frankfurt durch den Herrn Oberpräsidenten in Cassel als Regierungskommissar). — An die Senate und Abteilungen der Technischen Hochschulen.

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Die Neugestaltung des deutschen Schulwesens. Von Wirklichem Geheimem Oberregierungsrat Dr. **Karl Reinhardt.** 76 Seiten. Geheftet M. 2.50

Geheimrat Reinhardt, der langjährige Dezernent des preußischen Unterrichtsministeriums für unsere höheren Schulen ist wohl in erster Linie berufen, der Erneuerung unseres Schulwesens die Wege zu weisen. Verfasser ist erfüllt von der gewaltigen Aufgabe, auf den Trümmern, die uns umgeben, ein neues Volk zu bilden.

Die innere Weiterbildung unserer höheren Schulen. Von Prov.-Schulrat Professor Dr. **M. Siebourg.** 80 Seiten. Geheftet M. 1.20

„Eine äußerst lesens- und beherzigenswerte Schrift. Sie nimmt den Fachmann wie den Laien schnell für sich ein und reißt ihn mit sich fort durch den offenen Sinn und das klare Verständnis für das frisch pulsierende Leben der Gegenwart ... Dieses Leben und Erleben als eine der stärksten Kräfte wahrhafter Förderung von Unterricht und Erziehung ist der Grundton der Schrift, die wirklich praktische und ausführbare, anregende und fruchtbare Gedanken bietet." Deutsche Literaturzeitung.

Zur Volkshochschulfrage. Amtliche Schriftstücke. Herausgegeben vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. 28 Seiten. Geheftet M. 1.—

In der vorliegenden Veröffentlichung zeigt das Preußische Unterrichtsministerium, in welcher Richtung es bisher für die Volkshochschule gearbeitet hat und wie die künftige Ausgestaltung dieses wichtigen Volksbildungsmittels gedacht ist. Die Veröffentlichung ist für weiteste Kreise bestimmt und fordert auf zur tätigen, geistigen und materiellen Mitarbeit.

Die deutsche Volkshochschule der Zukunft. Eine Denkschrift. Von Dr. **Werner Picht.** 34 Seiten. Geheftet M. 1.20

Die Schrift geht von der Voraussetzung aus, daß es in Deutschland heute in erster Linie darauf ankommt, der industriellen Arbeiterschaft die Möglichkeit zu einer ihren neuen Rechten und Verantwortlichkeiten entsprechenden vertieften Geistesbildung zu geben. In knappen Zügen wird das inhaltreiche und organisatorische Programm einer den heutigen deutschen Verhältnissen entsprechenden Volkshochschulbewegung entwickelt.

Weiterbildung der akademisch gebildeten Lehrer. Von Oberlehrer Dr. **J. Speck.** 155 Seiten. Geheftet M. 2.80. Gebunden M. 3.40

„Speck zeigt einleuchtend die Wege der Fortbildung und tritt für die in ihrem Werte vielfach verkannte Programmabhandlung ein, macht zugleich wohlerwogene Vorschläge über Büchereien und Lehrmittelsammlungen."
Sächsische Staatsbürgerzeitung.

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Kultur uud Erziehuug

Von Professor **Dr. Ed. Spranger**

159 Seiten. Geheftet M. 2.80. Gebunden M. 3.80

Dies Buch des bekannten Leipziger Gelehrten enthält eine Fülle von Anregungen nicht nur für den Lehrer, sondern für jeden, der sich für die Entwicklung unseres Erziehungswesens interessiert. Berufs- und allgemeine Bildungsfragen, die Probleme des Aufstiegs und die Auslese der Tüchtigen, die Fortbildung unserer Oberlehrerschaft, der Wert unserer klassischen Bildung, alle diese so heiß umstrittenen Fragen werden hier auf breitester wissenschaftlicher Grundlage erörtert.

Werden nnd Wirkeu

Gedanken über Geist und Aufgabe des Lehramtes

Von Provinzialschulrat **Dr. R. Jahnke**

197 Seiten. Geheftet Mark 3.60. Gebunden Mark 4.60

Es ist ein Schatz reichster Erfahrung, die hier nicht nur ein erfahrener Schulmann, sondern auch eine innerlich reiche Persönlichkeit niedergelegt hat. Das Buch ist erfüllt von heißer Liebe zur deutschen Jugend, zu Beruf und Stand. Aber diese Liebe macht ihn nicht etwa blind gegen manche, ja nur allzuviele Fehler bei Lehrern und Lernenden. Sie offen aufzuzeigen und durch ihre Erkenntnis Wege zur Besserung zu weisen, ist der Zweck dieses Buches.

Die Schule

im Dienste der werdenden Persönlichkeit

Von Oberschulrat Direktor Professor **Dr. H. Gaudig**

2 Bände zu 426 u. 317 Seiten. Geh. M. 12.—. Geb. M. 15.—

„Gaudigs Buch" bedeutet eine fundamentale Neubegründung der Pädagogik auf tragfähiger, von Systemkraft erfüllter Grundlage. Nicht um Einzelpunkte, um Stundenzahl und Fächer u. ä. handelt es sich, sondern ums Ganze der Erziehung. Mit programmatischer Schärfe spricht das schon der Titel aus: Die Schule im Dienste der werdenden Persönlichkeit. Es ist der Ruf nach einer grundsätzlichen Zwecksetzung der gesamten Erziehung, und das erstrebte Ideal ist die Ausbildung der Persönlichkeit... Eins scheint mir klar: wir dürfen vorläufig nicht weiter über pädagogische Einzelfragen streiten, ehe wir nicht über das große Endziel aller Erziehung Klarheit haben, und hier bedeutet Gaudigs Buch eine einschneidende Tat von grundlegender Bedeutung.

Die Hilfe.

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Handbuch für höhere Schulen

zur Einführung in ihr Wesen und ihre Aufgaben

Im Verein mit Fachgelehrten und Schulmännern herausgegeben von

Provinzialschulrat Dr. Richard Jahnke

Wenn unser höheres Schulwesen wieder auf die alte Höhe gehoben, ja noch vervollkommnet werden soll — eine Aufgabe, an deren Lösung mittelbar die Zukunft unseres Volkes hängt, — so muß planmäßig, mit Geschick und Gewissenhaftigkeit daran gearbeitet werden. In den Dienst dieser Idee stellt sich vorliegendes Handbuch. Entsprechend der neuen Ordnung der praktischen Ausbildung für das Lehramt an höheren Schulen in Preußen (vom 28. Juli 1917) gibt es eine planmäßige Einführung der künftigen Oberlehrer in das Wesen und die Aufgaben ihres Berufes. Zugleich will es auch den mit der Ausbildung der Anwärter beauftragten Schulmännern bei ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe ein Hilfsmittel sein, die angehenden Oberlehrer in die einschlägigen Probleme einzuführen.

Bisher erschienen:

Ziele und Wege des Unterrichts Von Provinzialschulrat Dr. R. Jahnke. 282 Seiten. Geheftet M. 5.40. Gebunden M. 6.85

Ethik Eine philosophische Erörterung der sittlichen Grundfragen. Von Professor Dr. A. Messer. 136 Seiten. Geheftet M. 3.20. Gebunden M. 4.20

In Vorbereitung befinden sich:

Die geschichtliche Entwicklung des Erziehungs- und Unterrichtswesens und die darin hervortretenden Bildungsideale. Von Professor Dr. Ed. Spranger

Psychologie und Schule Von Professor Dr. W. Stern

Die Verfassung des deutschen und preußischen Unterrichtswesens Von Geh. Regierungsrat Professor Dr. J. Nelson

Die Entwicklungsjahre und ihre Bedeutung für das Schulleben. Von Ministerialdirektor Geheimrat Dr. M. Kirchner und Geh. Medizinalrat Dr. Th. Ziehen

Die Schulzucht und die Beziehungen zwischen Schule und Haus. Von Realgymnasialdirektor Professor Dr. H. Weimer

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Handbuch des naturwissenschaftlichen und mathematischen Unterrichts

Herausgegeben von

Geheimem Oberregierungsrat **Dr. J. Norrenberg**

Sieben Bände zu je 20 bis 25 Bogen

Gebunden zu zirka M. 8.— bis Mk. 24.—

Dieses monumentale Werk zählt unsere hervorragendsten Fachleute zu seinen Mitarbeitern. Es bietet einen Überblick über die in jahrzehntelangem Ringen auf diesem Gebiete geleistete Arbeit und großzügige Zusammenfassung des heutigen Standes der Wissenschaft und Unterrichtspraxis. Es begleitet den Lehrer bei seiner Berufstätigkeit und wird ihm jederzeit ein zuverlässiger und unentbehrlicher Helfer sein. Denn jeder Band des Handbuches enthält alles, was der Lehrer des betreffenden Faches zur Vorbereitung und zur Erteilung seines Unterrichts braucht; es entwickelt die Aufgaben und Ziele der einzelnen naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächer und ihr Verhältnis zu den benachbarten Lehrgebieten, es behandelt die wissenschaftliche und didaktische Vorbildung und Fortbildung des Lehrers, das allgemeine und besondere Unterrichtsverfahren, sowie dessen Technik.

Bisher erschienen:

Methodik und Technik des naturgeschichtlichen Unterrichts Von Prof. Dr. W. Schoenichen. 625 Seiten. Gebunden Mark 14.—

Methodik des chemischen Unterrichts Von Prof. Dr. K. Scheid. 463 Seiten. Gebunden Mark 12.—

Der erdkundliche Unterricht Von Konrektor Dr. P. Wagner. Bd. I ca. 350 Seiten. Gebunden ca. M. 10.—. Bd. II ca. 350 Seiten. Gebunden ca. M. 10.—

Methodik des mathematischen Unterrichts Von Direktor Dr. W. Lietzmann. Bd. I: Methodik, Organisation und Technik des mathematischen Unterrichts. Zirka 480 S. m. zahlr. Abbildungen. Geb. ca. M. 24.—. Bd. II: Didaktik der einzelnen Unterrichtsgebiete. 452 Seiten m. zahlr. Abbildungen auf Tafeln. Geb. M. 14.—

Geschichte des mathematischen u. naturwissenschaftlichen Unterrichts Von Professor F. Pahl. 377 Seiten. Gebunden Mark 10.60

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Rudolf Eucken

Einführung in die Philosophie

205 Seiten. 3. und 4. Tausend. Gebunden M. 4.60.

„Ich stehe nicht an, das nicht sehr umfangreiche letzte Werk des Jenaer Meisters zum Schönsten zu rechnen, was nicht nur er selbst, sondern die neuere Philosophie überhaupt geschaffen hat. Es waltet in ihm eine bewunderungswürdige, geradezu mustergültige Kunst, große, reiche Gedankenmassen bündig und zugleich lebendig und den Leser innerlich bewegend darzustellen. Und es läßt in Geistestiefen hineinblicken, von denen der Oberflächensinn unserer in naturalistischen und halbnaturalistischen Gedankengängen gefangenen Zeitgenossenschaft keine Ahnung zu haben pflegt." Protestantenblatt.

Der Sinn u. Wert des Lebens

6. Auflage. 21.—25. Tausend. 179 Seiten. Geh. M. 5.—.

„Es ist ein für weitere Kreise berechnetes Buch, in dem die Philosophie im schönsten und tiefsten Sinne Fühling mit dem Leben sucht, und wie wenige geeignet, seelisches Leben und Begeisterung zu wecken. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir behaupten, es werde einst zu den Büchern unserer Literatur gehören, welche dauern, nicht zuletzt auch um seiner hohen Genuß gewährenden Sprache willen." Der Saemann.

Zur Sammlung der Geister

Ein Wort an das deutsche Volk.

4. und 5. Tausend. Buchausstattung von Prof. G. Belwe.
160 Seiten. Gebunden M. 3.60.

„Man fühlt sich mit diesem Buche in die Atmosphäre von Schleiermachers Monologen und Fichtes Reden an die deutsche Nation versetzt. Eine durch und durch lautere Persönlichkeit spricht mit ernst mahnender Stimme zu uns. Ein besonderer Geist weist hin auf die Gegenwartsgefahren, auf die Zerklüftung, der das deutsche Wesen entgegensteuert; er zeigt den Weg, auf dem wir unter kräftiger Bejahung des altbewährt Wertvollen und rückhaltloser Verneinung des neumodisch Verkehrten hingelangen können zu einem neuen „deutschen Idealismus". Zu ihm sollen alle fähigen Geister gesammelt werden, in deutscher Art werden sie festen Halt und sichere Richtung finden. Der hochstrebende und im ganzen zukunftsfrohe Zug berührt sympathisch an dem Buch." Kölnische Zeitung.

Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Rudolf Eucken

Erkennen und Leben

Buchausstattung von Professor G. Belwe.

192 Seiten. Gebunden M. 3.80.

„Es ist wieder ein echter Eucken, umfassend in seinem Stoff, modern in der Fragestellung, kritisch und doch nicht niederreißend ... Man sieht auch aus dieser die Erkenntnistheorie vorbereitenden Schrift wieder, wie Eucken sich bemüht, die moderne Zeit im Tiefsten zu verstehen und zu würdigen. Er will ihr Sprecher sein und ihre berechtigten Forderungen zur grundlegenden Anerkennung bringen." Monatshefte d. Comeniusgesellsch.

Mensch und Welt

Eine Philosophie des Lebens. 465 Seiten.

Geheftet M. 10.—. Gebunden M. 12.—.

„Damit soll nur der leitende Gedanke des wunderbar tiefen, die ganze Menschengeschichte in eine durchaus eigenartige Beleuchtung stellenden und die Lage der Gegenwart klar erhellenden neuen grundlegenden Werkes des Jenaer Philosophen herausgegeben sein, der nicht ruht und rastet, um die geistige Not unserer Zeit zu beheben, die er schärfer als die meisten erkennt, tiefer als die meisten empfindet und deshalb auch erfolgreicher als die meisten zu bekämpfen in der Lage ist, und dem aufmerksam zu folgen deshalb jedermanns Pflicht ist, dem es mit einer inneren Erneuerung des modernen Lebens ernst ist." Professor Budde, Illustrierte Zeitung.

Was bleibt unser Halt?

Ein Wort an ernste Seelen. 6.—8. Tauf. 32 S. Geh. M. 1.—.

Die lebensvolle und packende Schilderung gibt ein anschauliches Bild der gegenwärtigen Lage Deutschlands. Sie deckt mutig und rückhaltlos die Gründe des gewaltigen Schicksalswechsels auf, der über uns hereingebrochen und erörtert die Fragen, die über unser nationales Sein oder Nichtsein entscheiden.

Deutsche Freiheit

Ein Weckruf. 36 Seiten. Geheftet M. 1.—.

Ein neuer Weckruf des Jenaer Philosophen. Gerade heute, wo das Wort „Freiheit" jeder im Munde führt und doch darüber die größte Unklarheit herrscht, ist eine Klärung nötig. Welches ist die Bedeutung der deutschen Freiheit und welche Aufgaben ergeben sich daraus für das deutsche Volk? Das sind die Anhaltspunkte der Betrachtung, aus der sich die Forderungen der Gegenwart ergeben.

RETURN TO ⟶ **CIRCULATION DEPARTMENT**
202 Main Library

LOAN PERIOD 1 **HOME USE**	2	3
4	5	6

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS
1-month loans may be renewed by calling 642-3405
6-month loans may be recharged by bringing books to Circulation Desk
Renewals and recharges may be made 4 days prior to due date

DUE AS STAMPED BELOW

INTERLIBRARY LOAN
JUN 26 1981
UNIV. OF CALIF., BERK.

UNIVERSITY OF CALIFORNIA, BERKELEY
FORM NO. DD6, 60m, 3/80 BERKELEY, CA 94720

Gaylamount
Pamphlet
Binder
Gaylord Bros., Inc.
Stockton, Calif.
U.S. Pat. Off.

YC 56205

M89136 LA728 B4

THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY